



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

Digitale Sammlungen

1932

01.12.1932 (Nr. 270)



Bremer Nationalsozialistische Zeitung

Verlag, Redaktion und Geschäftsstelle: Papenstraße 15. Sprechstunde der Redaktion: Montag bis Freitag von 18 bis 19 Uhr. Fernsprecher: Domstraße 238/78. Die Zeit erscheint wöchentlich und kostet RM 1.00 frei Haus, durch die Post zuzüglich 36 Pf. Bestellgeld.

Parteiamtliches Organ der
Bremer Nationalsozialisten

Anzeigen: Hefige die 10 gehaltene mm-Zeile RM 0.10, auswärts RM 0.12; im Viertel RM 0.50, auswärts RM 0.70; Stellengesuche RM 0.06; sonstige kleine Anzeigen RM 0.08. Nachdruck ohne Verbindlichkeit. Bei Betriebsstörungen, Streik, Verbot usw. hat der Bezahler keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises.

soll Hindenburg gestürzt werden? Weitere Verwirrung in Berlin

Der Führer in Weimar

(Eigener Drahtbericht)

Weimar, 1. Dezember. In Weimar, wo sich der Führer augenblicklich wegen des Thüringischen Kommunal-Wahlkampfes aufhält, fand gestern nachmittag eine Besprechung mit den maßgebenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung statt. Außer dem Führer unserer Reichsorganisationsleitung, Hg. Dr. Frick, waren Reichsorganisationsleiter Hg. Dr. Straker, Reichstagspräsident Goering und Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels anwesend.

Unter Thüringisches Gauorgan, „Der Nationalsozialist“ beschäftigt sich in seiner gestern nachmittag herausgegebenen Ausgabe mit den Geschichten, die davon wollten, daß der Führer nach Berlin zu einer Besprechung mit Herrn von Schleicher fährt. Unser Bruderblatt schreibt dazu: „Adolf Hitler ist, wie vorgehen war, heute morgen wieder in Weimar eingetroffen, um sich mit aller Kraft für den kommunalen Wahlkampf im Gau Thüringen einzusetzen.“ Es sei unannehmlich, daß der Führer zu einer Besprechung mit Herrn von Schleicher nach Berlin fahren würde, da Herr von Hindenburg und Herr von Schleicher seine Meinung genügend bekannt sei. Alles Warten auf den Führer in Berlin sei umsonst, wenn man doch nicht den Willen habe, dem nationalsozialistischen Führer die Fägel in die Hand zu geben.

Die nationalsozialistische Führerbesprechung beendet

Weimar, 1. Dezember. Nach dreistündiger Dauer endete in den späten Nachmittagsstunden die von Adolf Hitler in Weimar abgehaltene Führerbesprechung mit Dr. Frick, Dr. Goebbels, Straker und Goering. Über die Beschlüsse dieser Besprechung wird von amtlicher nationalsozialistischer Seite bisher strenges Stillschweigen bewahrt. Insbesondere ist noch keine Mitteilung darüber gegeben, ob Adolf Hitler auf Grund dieser Führerbesprechung nach Berlin fahren wird.

„Kronrat“ in Permanenz

(Drahtbericht u. Berl. Schriftl.)

Berlin, 1. Dezember. Der deutsche Staatsbürger von 1932 wird sich allmählich daran gewöhnen müssen, daß bei Herrn von Hindenburg der „Kronrat“ zusammentritt. Auch gestern war man wieder in trübem Kreise beisammen, ohne allerdings über den Zweck dieses Zusammenkommens der Öffentlichkeit Rechnung abzugeben. Viel beachtet wird in hiesigen politischen Kreisen die Tatsache, daß vor der gestrigen Sitzung des „Kronrats“ Reichswehrminister von Schleicher vom Reichspräsidenten in Privatbesuch empfangen wurde. Aufschlüsse wurden wiederum nicht gefast. Ausdrücklich schämen die, die sich amgestern haben, die Krise zu lösen, auf den Führer der deutschen Freiheitsbewegung. Ob überhaupt Beschlüsse gefast werden, steht zur Zeit noch nicht fest. Bekannt geworden ist lediglich, daß die Verärgerung des Reichspräsidenten über die verfahren politische Lage an Intensität noch zugenommen hat. Allen Ernstes wurde auch gestern abend wieder behauptet, daß sich der Reichspräsident mit Mitternachtsbesprechungen trägt.

Spuk um einen Reichsverweser

(Drahtbericht u. Berl. Schriftl.)

Berlin, 1. Dezember. Ueber die Hintergründe der augenblicklichen Krise und der zahlreichen damit im Zusammenhang stehenden Intrigen und Kombinationen dürften die Ausführungen des Organes der Christlichen Gewerkschaften des „Deutschen“ in seiner heutigen Ausgabe von Interesse sein. Das Blatt schreibt:

„Es ist kein Zweifel, daß diese Kreise (die Kreise um Papen D. Schriftl.) glauben, jetzt sei der Zeitpunkt da, um die offene Diktatur zu betreiben und die „Revolution des 9. November“. Man will den Reichspräsidenten in die Zwangslage bringen, entweder sich über die Verfassung hinwegzusetzen oder zurückzutreten. Es ist kein Geheimnis mehr, daß Hindenburg am vergangenen Sonntagabend sich ernsthaft mit dem Gedanken trug, sein Amt niederzulegen und in einer Proklamation an das deutsche Volk seinen Entschluß bekanntzugeben und zu begründen. Dohin wollen es die Kreise treiben und dazu brauchen sie das „Kampflabor“ von Papen.“

Und das wäre die Stunde, um den Plan für die Einsetzung eines Reichsverwesers durchzuführen. Allerdings ist man sich in der Familie

Hohenzollern nicht einig darüber, wer das Amt des Reichsverwesers bekommen soll. Die Gattin des früheren Kaisers Hermine war in Berlin; man weiß auch, daß die Kronprinzessin gegen die Betrauung des Kronprinzen ist. Sie wirbt für ihren ältesten Sohn. Diese Pläne spielen, so phantastisch das auch klingt, eine entscheidende Rolle im Spiel hinter den Kulissen.“

Wir geben diese Ausführungen mit allem Vorbehalt wieder. Wir möchten aber betonen, daß uns gleichlautende Informationen zugekommen sind. Die Angaben des „Deutschen“ gehen unserer Ansicht nach nur soweit in die Irre, als sie lediglich gewisse, hinter Herrn von Papen stehende Kreise als Verfechter einer Reichsverweserschaft ansprechen. Auch im anderen, augenblicklich mit Herrn von Papen verfallenen Lager sind Kräfte vorhanden, deren Einbildung durchaus das selbe ist, wie bei der ersten Kreise. Der Gedanke eines Reichsverwesers ruht in vielen Köpfen und uns scheint die Kardinalfrage nicht zu sein, ob die einen es ablehnen und die anderen befürworten, sondern welche der beiden Gruppen am ehesten den Gedanken einer Reichsverweserschaft realisiert, um dann den Hindenburg Lohn für die Bemühungen einzufassen.

„Straßer Reichskanzler“

Mit einiger Ueberraschung liest man das letzte politische Manifest der „Weber-Zeitung“, dessen Inhalt, kurz gesagt, die Frage aufwirft, warum bildet nicht Straßer mit Wehrmann, Höttermann, Dittbergh und Bräutigam ein Kabinett des jungen Deutschland?

So unendlich diese Fragestellung ist, bleibt dieser Artikel doch ungeheuer aufschlußreich und zugleich charakteristisch für die geistige Verfassung all der Politiker, die lieber Steine zum Bruchstein essen, als aus den gegebenen Verhältnissen die Konsequenzen ziehen und sich bedingungslos hinter Hitler stellen.

Mit einiger Genugtuung stellen wir zunächst fest, daß nunmehr auch die „Weber-Zeitung“, die bis vor wenigen Tagen im Papenkreis geherrschte, auf einmal zu der Erkenntnis kommt, daß „die Art der Politik, wie sie jetzt in Berlin gemacht worden ist und gemacht wird, mit Deutschland und seiner wirtschaftlichen und politischen Not nicht mehr das Geeignete zu tun hat“. Aus diesem Grunde haben wir uns auch erlaubt, diese Politik — und das nicht erst jetzt gestern — auf das Erbitterte zu bekämpfen.

Auch wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese letzte Regierungskrise im höchsten Maße katastrophal ist, denn sie bedeutet den endgültigen Zusammenbruch des liberalistischen Systems in Deutschland, und wenn die „Weber-Zeitung“ mit einer vierseitigen Schlagseite aufwartet, „Deutschland ohne Kanzler“, so hätte sie noch richtiger sagen können: „Das liberalistische Deutschland ohne Führer“.

Dieses Deutschland wehrt sich mit allen Mitteln dagegen, offen zuzugeben, daß seine geistigen Kräfte verbraucht sind, und es ist nicht christlich genug zuzugeben, daß der Führer des kommenden Deutschlands, Adolf Hitler, in dieser gefühlvollen Stunde das sittliche Recht auf die Macht im Staate besitzt. Wollte man sich gegen die Erkenntnis geistig versträuben, kommt auch die „Weber-Zeitung“ zu Schläffen und Kombinationen, über die sie nach einiger Zeit selbst lachen wird.

Nachdem sie wochenlang einen Gegenatz zwischen Straßer und Hitler kontrahieren wollte und es selbst fertigbrachte, dahingehende Nichtigkeitsurteile Straßers ihren Lesern zu unterbreiten, appelliert sie plötzlich an den „unbedingten Lebensstreben“ ihrem Parteiführer ergebenden Gregor Straßer, der jetzt berufen sei, die Führung an sich zu reißen. Diese Forderung zeigt uns zunächst einmal das völlige Unverständnis für das organische Gefüge unserer Bewegung, aus der heraus man nicht einen Mann reißen kann, ohne dessen schöpferische Kraftquelle zu zerstören. Gregor Straßer wurde und wurde zu seiner Bedeutung unter dem Führer Adolf Hitler, der seine Fähigkeiten schon zu einer Zeit erkannte, als es auch bei der „Weber-Zeitung“ zum guten Ton gehörte, diesen Mann zu beschimpfen. Wer heute Gregor Straßer als Führer anerkennt, muß die ganze

Hindenburg sucht einen Kanzler aber alles schaut auf Hitler

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftl.)

Berlin, 1. Dezember.

Die Presse der Reichshauptstadt gibt ein getreues Spiegelbild der absoluten Verwirrung, die augenblicklich in der deutschen Politik herrscht. Während die Presse aller anderen Länder noch vor wenigen Tagen aus der Wange Hindenburgs, dem Führer der deutschen Freiheitsbewegung, die mit Recht geordnete Staatsführung zu übertragen, triumphierend den Schluß zog, daß der Einbruch des Nationalsozialismus auf die deutsche Politik endgültig umzuwerfen sei, stellt sich jetzt schon die ganze Verlogenheit dieses Triumphschreies heraus. Selten hat der Nationalsozialismus und sein Führer Adolf Hitler so bestimmenden Einfluß auf die deutsche Politik gehabt, wie in diesen Tagen. Alles, was jetzt geschieht, wird bedrückt von dem Willen der Nazis, sei es, daß die einen eifrig danach streben, dem Nationalsozialismus das ihm moralisch und rechtlich zustehende einzuräumen, sei es, daß die anderen aus Haß gegen den Nationalsozialismus ihre politischen Entschlüsse fassen.

Es ergibt sich der etwas merkwürdige Zustand, daß des Deutschen Reiches Präsident, Herr von Hindenburg, einen Kanzler sucht und daß er für den Posten dieses Kanzlers nur zwei Männer, nämlich Herrn von Papen und Herrn von Schleicher für geeignet hält. Trotzdem ist der Name Hitlers in aller Munde. Ein Bild in die getrigge Abendpresse der Reichshauptstadt beweist das zur Genüge.

Der „Total-Anzeiger“ des Herrn Eugenbergh veröffentlicht unter der Ueberschrift „Die „eingefrorenen“ Kreise — Hitler in Weimar“ einen Artikel des Eugenberghschen Hofbilders Friedrich Hülsen, der folgende, immerhin beachtliche Tatsachen feststellt: „Seit zwei Wochen wird „gellert“. Das Ergebnis ist der vollkommene Wirt-

Die „Deutsche Zeitung“ überschreibt ihren Lagebericht „Schleichers Bemühungen um Hitler“ und gibt der Meinung Ausdruck, daß im Augenblick Herr von Papen etwas besser liege.

Die „Berliner Zeitung“ meint: „Die Ueberwindung des heutigen Vormittags bildet die Tatsache, daß Adolf Hitler entgegen allen Erwartungen heute morgen nicht in Berlin eingetroffen ist.“ Zu dem Artikel, der beziehungsweise die Ueberschriften trägt: „Hitler nicht in Berlin eingetroffen, Entscheidung über Kabinettbildung wieder verlagert“, heißt es dann weiter: „Eine weitere Besprechung beim Reichspräsidenten findet heute nicht statt. Vielmehr soll die Entscheidung über das Ende der Regierungskrise auf jeden Fall erst dann fallen, wenn das Ergebnis der nationalsozialistischen Führerbesprechung in Weimar vorliegt.“

Die „Deutsche Tageszeitung“ erscheint mit der Schlagzeile: „Kommt Hitler oder nicht?“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ mit der Ueberschrift: „Kommt Hitler nach Berlin?“ um dann zu schreiben: „Jedenfalls wartet der Reichswehrminister einseitig auf Hitler, dessen Ausbleiben in Ermangelung positiver Nachrichten zu neuen aufgeregten Mutmaßungen geführt hat.“

Alles in allem sieht man aus diesen Ueberschriften der Presse der Reichshauptstadt, wie groß die Ratlosigkeit im System ist und in welchem Maße der Nationalsozialismus die deutsche Politik beeinflusst. Es ist schon ein etwas eigenartiger Zustand, daß man in der Wilhelmstraße nach einem Kanzler sucht und die ganze Öffentlichkeit eine Lösung der Krise nur von Weimar, dem augenblicklichen Aufenthaltsort des Führers erwartet.

Wieviehl würde auch Herr von Hindenburg bei der Beträge der Berliner Presse etwas nachdenklicher werden und sich über-

legen, ob es wirklich eine staatsmännische Tat war, wenn er Adolf Hitler auszuwählen zu können glaubte. Ein bis zum letzten entschlossener Bloß von 12 Millionen Menschen unter der Führung Adolf Hitlers läßt sich nicht auszuwählen Herr Reichspräsident. Wenn Sie das nicht in Guten einsehen wollen, das wird Sie vielleicht die Entscheidung zwingen, durch Erfahrungen Klarheit über die Lage zu erhalten.

Neigung, muß den nationalen Sozialismus als neue Staatsform anerkennen. Dagegen wehrt sich aber das liberallistische Deutschland, und so ist die Forderung der „Reise-Zeitung“ entweder im Wesen unklar, oder aber eine groß angelegte politische Intrige, deren Unsicherheiten wir schon heute diesem Blatte befehlen können.

Wir Nationalsozialisten überlassen es im vollsten Vertrauen unserem Führer, ob er selbst oder Gregor Strasser Reichsführer werden soll. Aber es ist eine politische Begriffsverwirrung zu glauben, den einen gegen den anderen auszuspielen zu können.

War der Ruf nach Strasser immerhin eine zwar harte, aber doch deutsche Anerkennung des schöpferischen Kraft unserer Bewegung, so wirken die weiteren Wünsche der „Reise-Zeitung“, die angeblich in Berlin einiglos aufgehen, erregt haben sollen, geradezu furchtbar. Auf der einen Seite wird ganz richtig erklärt, daß der Mechanismus und Formbetrieb der bisherigen Kabinetsbildung überlebt und unmöglich geworden sei, auf der anderen Seite lehnt man es aber ab, daraus die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen und anzugeben, daß nicht Verfassungsparagrafen und Parteibestimmungen, sondern weltanschauliche Kräfte zu befreiender Tat eingeleitet werden müssen. In echt liberallistischer Denkungsart konstatiert man ein Einheitskabinett des jungen Deutschlands, in dem man die Führer eines halben Dutzend von Organisationen zusammenpöppelt in dem naiven Glauben, damit auch die in sich völlig entgegengesetzten Kräfte dem Staatsneubau eingeleitet zu haben, die hinter diesen Führern stehen.

Auch wir bedauern, daß zur Zeit in der Sozialdemokratie eine gewisse Unklarheit vorliegt und daß vor allen Dingen in Gewerkschaftskreisen Gedanken auftauchen, die sich mehr und mehr dem Marxismus bekennen. Aber wir müssen es als großen Mangel ansehen, den Reichsbannerführer Höllermann neben Strasser zu stellen, der seiner ganzen geistigen Struktur nach vom Kampfe gegen den nationalen Sozialismus lebt. Es ist durchaus unser Ziel, die vorhandenen geistigen Kräfte des Reichsbanners für den Aufbau des Staates zu gewinnen. Dazu ist aber eine weltanschauliche Erklärung notwendig, die nicht von heute auf morgen möglich ist und die vor allem nicht durch den Eintritt Höllermanns in ein Kabinett Strasser vollbracht ist. Welche Rolle die „Reise-Zeitung“ dem politischen Abenteuer Braun ausstellt, der ebenfalls in das neue Kabinett eintreten soll, ist uns gänzlich unverständlich. Grundtätige Bedenken schärfer Art sprechen auch gegen Dittmer, der mitverantwortlich ist für den Frontwechsel des Stahlhelms.

Doch wir wollen uns hier nicht in Einzelheiten verlieren und nur festhalten, zu welcher phantastischen Kombination eine Zeitung kommt, weil sie nicht den Mut aufbringt, einzugehen, daß das liberallistische Deutschland an seinen Gräben steht und das nationalsozialistische Deutschland in allerhöchster Zeit seine Außenarbeit beginnen muß.

Sinn wird die „Reise-Zeitung“ uns immerhin in Zukunft zuführen müssen, nämlich, daß es der deutschen Freiheitsbewegung gelungen

ist, den Formalismus der deutschen Parteihierarchie zu zerbrechen und eine neue geistige Formbildung zu schaffen, deren Voraussetzung allerdings der Standpunkt der Ausschließlichkeit Adolf Hitlers ist. Nur durch diese immer wieder bewiesene Charakterstärke unseres Führers ist es gelungen, ein neues Denken in Deutschland vorzubereiten, das allen Widerständen zum Trotz sich durchsetzen wird. So gesehen bedeutet der Artikel der „Reise-Zeitung“ einen Schlüsselschritt unter die bisherige Politik dieses Blattes und wir werden abwarten, ob es in Zukunft möglich sein wird, auf der jetzt auch von der „Reise-Zeitung“ gewonnenen Erkenntnis in tatsächlicher Diskussion über neue Wege und Ziele weiterzuarbeiten. Dazu gehört allerdings auch der Abwurf einer unfairen geistigen Hebereschlichkeit, die sich besonders in den Angriffen gegen Rosenberg immer wieder dokumentierte. — art.

26 Prozent Einnahmerückgang bei der Reichsbahn

Berlin, 30. Nov. Vom 28. bis 30. November 1932 tagte der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft in Berlin. In den Beratungen über das Finanzergebnis wurde festgestellt, daß sich in den verflochtenen zehn Monaten des Jahres 1932 der Rückgang der Einnahmen gegenüber dem Vorjahre auf 26,6 v. H. gegenüber dem Jahre 1929 auf 46,5 v. H. beläuft.

Im Reiseverkehr wurde trotz der Erleichterungen, wie Sommerurlaubstarke und Halbierung der Schnell- und Eilzugzuschläge nicht einmal die während der Hauptreisezeit sonst übliche Steigerung erreicht, jedoch sich die Einnahmehausfälle aus dem Personen- und Gepäckverkehr von Juni bis Oktober 1932 ständig vergrößert und erst im Oktober eine geringe Minderung gezeigt haben. Die Gesamteinnahme aus dem Personen- und Gepäckverkehr blieb gegenüber 1931 um 22,1 v. H., gegenüber 1929 um 36,5 v. H. zurück.

Die Gesamteinnahmen aus dem Güterverkehr sind gegenüber 1931 um 27,7 v. H., gegenüber 1929 um 51,2 v. H. zurückgegangen.

Die Finanzierung der gesamten für die Arbeitsbeschaffung vorgesehenen 286 Mill. Reichsmark ist nunmehr gesichert. Der Verwaltungsrat verfügte, nachdem er in der Septemberberatung über die Verwendung der 180 Mill. RM Beschluß gefaßt hatte, nunmehr auch über die Verteilung der noch restlichen 100 Mill. RM. Sie werden für Oberbau, sonstige bauliche Anlagen, für Fahrzeuge, Maschinen sowie für Neubauten verwendet.

Bayern verklagt das Reich auf Zahlung seines Restbetrages.

München, 30. Nov. Der Leiter des bayerischen Finanzministeriums, Staatsrat Schäfer, teilte im Staatsbaushaushaltsausschuß des Bayerischen Landtages mit, daß zur Zeit zwischen Bayern und dem Reich Verhandlungen über die Forderung Bayerns auf 15,1 Millionen RM. im Gange seien. Diese Summe bilde den Restbetrag, der durch die starke Minderung an Reichseinkünften in Bayerns Staatshaushalt verbleibe. Es müsse möglich sein, daß die öffentlichen Institute, wie es Länder und

Gemeinden seien, dieselbe Gnade fänden, wie gewisse wirtschaftliche Großbetriebe. Das Reich habe einzelne Teile der Einkommensteuer mit besonderem Namen belegt, die Belegensteuer u. a. und damit diese Teile zu 100 v. H. für sich einbehalten, so daß Länder und Gemeinden heute tatsächlich nicht mehr 75, sondern nur noch 50 v. H. der Einkommensteuer bezögen. Bei der Reichsbahnabfindung forderten die Länder nicht, daß das Reich den Kapitalbetrag auslege, weil das Milliardenbeträge wären. Das Reich habe aber 500 Millionen Reichsbahnvorschuß, die nicht Vermögen des Reiches, sondern gemeinsames Vermögen der früheren Eisenbahnbesitzer seien. Diese Vorschußgattungen brächten eine Dividende von 7 v. H. aus, von 35 Mill. RM. Das Reich habe sich früher grundsätzlich bereit erklärt, diese 35 Millionen als Abschlagszahlung für die Zinsansprüche der Eisenbahnbesitzer zur Verfügung zu stellen. Das Reichsfinanzministerium habe nunmehr Bayern mitgeteilt, daß es seine gesamte Reichsbahnabfindung geändert habe und das Reich lediglich Aufwertungs- und Entschädigungsansprüche der Länder überhaupt befürchten wolle. Staatsrat Schäfer erklärte, er habe der Reichsregierung nur geantwortet, daß ihm diese Auffassung ganz unangenehm sei, weil der Bogen dadurch zu überpannt würde, daß der Staatsgerichtshof ohne weiteres einsehen müsse, wo die Rechts- und Billigkeitsansprüche lägen. Die Folge

würde eine beschleunigte Feststellungsfrage beim Staatsgerichtshof sein müssen. Für Bayern würde sich für die letzten 2 Jahre daraus ein Betrag von 4,5 Millionen RM. errechnen.

Das Ende der großen Koalition in Baden

Karlsruhe, 30. Nov. Das Mitglied der Sozialdemokr. Landtagsfraktion Staatsrat Mülders, der zugleich vertretungsweise den Posten des Ministers des Innern versieht, hat am Mittwoch vormittag vor Beginn der Landtagsführung sein Amt als Staatsrat und damit auch seine Tätigkeit im Ministerium des Innern niedergelegt. Damit ist der infolge der Streitigkeiten zwischen Zentrum und Sozialdemokraten schon angeordnete Austritt der Sozialdemokratie aus der badischen Regierung jetzt auch außen hin vollzogen worden.

Hörsing unterhöhlt das Reichsbanner

Berlin, 30. Nov. Der von der Sozialdemokratie davongegangene frühere Reichsbannerführer Otto Hörsing ist eifrig dabei, aus dem Reichsbanner ganze Ortsgruppen herauszubrechen und sie dem von ihm neu gegründeten republikanischen Schutzbund zuzuführen. Da Hörsing besonders in der Reichshauptstadt in den Reihen des Reichsbanners noch zahlreiche Anhänger besitzt, wird von der amtlichen Reichsbannerleitung die Tätigkeit des Herrn Hörsing sehr scharf beobachtet. Die Funktionäre des Reichsbanners sind angewiesen worden, mit allen Mitteln einen Einbruch Hörsings in die Kolonnen des Reichsbanners zu verhindern. Nach Lage der Dinge sind die Versuche Hörsings aber durchaus nicht aussichtslos.

Sinowjew nicht tot.

Moskau, 29. Nov. Von russischer amtlicher Seite wird mitgeteilt, daß das Zentralkomitee der kommunistischen Partei Sowjet-Rußlands die im Ausland verbreitete Meldung über den Tod Sinowjews nicht bekräftigt.

Ein Vorstoß gegen Schleicher

M. Berlin, 1. Dez. Viel beachtet wird in Berlin ein Vorstoß, den die „Deutsche Zeitung“ gegen den Reichswehrminister unternommen hat. Sie bemerkt die Frage, ob von Schleicher als Reichstänzer die Weltung des Reiches erwartet werden könne, da dieser beschuldigt wird, daß er gerade dem Führer der Reichswehr entgegengehe. Schleicher habe feinerzeit die grundsätzliche Anschauung vertreten, daß der Young-Plan angenommen und dann im Innern Ordnung geschaffen werden müsse, er habe unbefristet Herrn Brüning als Reichs-

kanzler erstanden und sei daher mitschuldig, wenn für den Aufbau Deutschlands mehr als zwei todsichere Jahre verloren gingen. Er sei auch der Schöpfer des Kabinetts Böhm und verantwortlich für dessen unheilvolle Zusammenfassung. Sei aber dann auf Urlaub gegangen, als die Mängel „seines Kabinetts“ ziemlich schnell offenbar wurden. Einen Mangel an Staatsmännischem Blick habe er auch dadurch bewiesen, daß er das Ministerium des Innerns Böhm vormalig und jetzt durch seine Verhandlungen mit den Gewerkschaften einen Mißfall in den endlich überwindenen verberblichen Parlamentarismus verursacht habe.

In den Schlupfwinkeln der Volksfeinde

(Fortsetzung)

Jude Recht an Jude Badi

Im Auftrage des Justizministers versuchte nun ein Dr. Rosenfeld (Jude) die Bedeutung eines Stadtbewerbers gegen solche „Gnaden“ zu zerlegen. Die eigentlichen Vorgänge, die zu obigem Wandel des „Gnadenbeweises“ des Justizministers führten, gibt das im Preussischen Ministerium des Innern vorliegende Aktenstück III E 3166. Diese interessante Sammlung beginnt gleich mit einem handschriftlichen Brief des jüdischen Ministerialdirektors Recht an den Juden Badi vom 19. 2. 1929, der folgendermaßen lautet:

„Lieber Herr Badi!

Im Justizhaus Brandenburg blickt ein Mann namens Gabor Einbinder eine Justizhausstrafe ab, von der er mit Unterbrechung von mehreren Jahren Jenseits 18 Jahre hinter sich hat. Seine Begnadigung zum 1. März d. J. soll bevorstehen, jedenfalls Aussicht haben. Er ist durch den Kriegsausgang politischer Staatsangehöriger geworden, und es besteht daher für ihn die Gefahr der Ausweisung, die seinen Zusammenbruch befehlen würde. Von einer Seite, auf deren Urteil man sich nicht verlassen kann, ist etwas geheißen, daß es sich um einen Menschen von inneren Werten (vorbehaltlich) (die Redaktion) und geistiger Bedeutung handelt. Ich bitte Sie daher, mit Hilfe der zuständigen Abteilung zu prüfen, ob es nicht möglich ist, von der Ausweisung abzugehen und insbesondere zu verhindern, daß es etwa im Falle einer plötzlichen Entlassung überaus rasch von einer solchen Prüfung dazu kommt. Es soll gelingen sein, ihm Arbeit zu verschaffen. Der Robbiner seiner Anhalt, Dr. Joseph, soll sich für ihn einsetzen.

Mit besten Wünschen Ihr ergebener

(Sg.) : Recht

Der Regierungspräsident warnt

Daraufhin schreibt der Minister des Innern einem Erlaß an den Regierungspräsidenten in Potsdam unter dem 23. Februar 1929, um sich nach dem Sachverhalt zu erkundigen. Der Regierungspräsident berichtet unter dem 11. April 1929 — Tab. Nr. 1 Pol. A 412 — unter anderem folgendermaßen richtig:

„Der polnische Staatsangehörige Gabor Einbinder ist... ein oft und schwer bestraffter Ausländer. Er verurteilt seit 1924 eine 15jährige Justizhausstrafe und befindet sich zurzeit in der Strafanstalt Brandenburg. Der Anhaltelassung ist von einer vorzeitigen Entlassung des Einbinders infolge Begnadigung nichts bekannt.“

Der Polizeiverwaltung Brandenburg gegenüber hat Einbinder behauptet, daß er nach seiner Begnadigung eine feste Stellung als Schriftleiter einer großen Berliner Zeitung annehmen könne, und daß er um eine Aufenthaltsgenehmigung nachsuchen werde. Den dazu erforderlichen politischen Vorkauf hat die Polizeiverwaltung beantragt. Die Polizeiverwaltung bezeichnet Einbinder als einen durchaus gefährlichen Mann... Einbinder selbst bezeichnet sich als „Propaganda-Anarchist“.

Es scheint nicht angebracht, Einbinder hier weiter Gerechtigkeit zu gewähren. Seine Angabe, er werde bei Ablegung der Aufenthaltsgenehmigung keine Arbeit finden, so daß seine Ausweisung seinen Zusammenbruch zur Folge haben würde, scheint nicht richtig zu sein.

Ich bitte, Einbinder abschlägig zu befeinden und damit seine Ausweisung ausdrücklich zu billigen.“

Trotz dieser mehr als eindeutigen Auskunft des Regierungspräsidenten, trotz des einmündigen Sachverhalts, der sich klar und einfach gegen den Juden Einbinder ausdrückt, gehen die Wandel im Innenministerium weiter, es handelt sich ja

um die Gesundheit und das Wohlergehen eines so „harmlosen“, „gütig hochbedenkenden“ Verbrechers.

Jude Badi sieht „innere Werte“ des Juden Einbinder, nicht seine Verurteilung.

Der Ministerialdirektor Badi gibt keine Ruhe, die Sorge um den jüdischen Justizhäftling läßt ihn schließlich keinen Schlaf finden, der Attentat merkt des Innenministers vom 20. September 1929 teilt darüber mit:

„Die Angelegenheit der Ausweisung des polnischen Staatsangehörigen Gabor Einbinder ist heute mit Herrn Ministerialdirektor Dr. Badi zur Besprechung gekommen. Herr Ministerialdirektor Dr. Badi war der Meinung, daß trotz der zahlreichen und erheblichen Vorkäufe der Einbinder die Unterlassung der Ausweisung in Erwägung gezogen werden könne, weil es sich um eine Persönlichkeitsfrage von besonderer geistiger Bedeutung handele...“ (Siehe Strafregister! Die Redaktion.)

Ein deutsches Gericht findet Einbinder „minderwertig und gemeingefährlich“

Als geistig bedeutende Persönlichkeit nennt der Ministerialrat den Juden Einbinder. Die deutschen Gerichte scheinen jedoch ganz anderer Meinung zu sein, denn zum Beispiel die Strafsache Karlsruhe meint:

„Bei der Strafzumessung war einerseits zu beachten, daß der Angeklagte eine von Geburt an minderwertige Persönlichkeit ist, der es schwer fällt, sich in geordnete Verhältnisse zu fügen; andererseits kommt in Betracht, daß er diesen Zustand durch eigene Schuld durch seinen ganzen Lebenswandel verschlimmert hat, daß er ein im hohen Maße gemeingefährlicher sehr geandarter und dreister internationaler Diebstahl ist und auch die jetzt zu beurteilenden Diebstähle mit außerordentlicher Frechheit ausgeführt hat.“

Oder in der Urteilsbegründung in Stolp heißt es über den Juden:

„Da der Angeklagte ein internationaler gewerbsmäßiger Verbrecher ist, muß er möglichst lange für die menschliche Gesellschaft unschädlich gemacht werden.“

Jude Mühlham dagegen erklärt: „Wertvolle Persönlichkeit!“

Über diese vorliegenden, von deutschen Richtern gefällten Urteile geben den Ministerialrat nichts an, er weiß, warum es in diesem Fall geht und weiß, was sich für Juden und Judenbeschäftigte gehört, es heißt darum in dem Attentat vom 20. September 1929 weiter:

„Der Ministerialdirektor Dr. Badi hat, die Sache mit ihm nochmals durchzusprechen, damit er Gelegenheit habe, die für eine wohlwollende Behandlung des Einbinders sprechenden Gründe eingehend darzulegen. Zu einer solchen Rücksprache ist jedoch keine Zeit mehr da... Die Ausweisungsgründe sind im übrigen so schwer, daß keine noch so beachtlichen Gegenstände die Notwendigkeit einer, wenn auch nicht sofortigen, aber doch baldigen Entfernung des Einbinders aus dem Inlande würden erschüttern können. Der Unterzeichnete hat dann ferner mit dem Schriftsteller Erich Mühlham (kommunistischer Jude, die Redaktion), der nach Auskunft des Herrn Ministerialdirektors Dr. Badi sich für Einbinder besonders interessiert, telefonisch gesprochen. Herr Mühlham erklärte, ihm seien die Vorkäufe des Einbinders sämtlich bekannt. Er sei der Auffassung, daß die letzten Justizverurteilungen in seinem Verhältnis zu der Schwere der Straftaten stünden, und daß Einbinder trotz der vor längerer Zeit begangenen Delikte eine wertvolle Persönlichkeit (1) sei, die eine besondere Behandlung verdiene.“ (1)

Zu Einbinder ist nun nach erfolgreichen Bemühungen seiner hohen Gönner, aus dem Justizhaus entlassen und denkt nicht im entferntesten daran, daß für ihn so gütliche Deutschland zu verlassen.

Ganz im Gegenteil, er fühlt sich recht wohl, wird bei dem jüdischen Verlag „Fagelbuch“ in Berlin angestellt und beteiligt sich im Versteck mit den Rassenoffenen Mühlham und Grünberg eifrig als Kommunist.

(Schluß folgt)

Ein neuer Sieg

Abwahlen in Erlangen.

Bei den Abwahlen an der Universität Erlangen übten etwa 80 Prozent der Stimmberechtigten ihr Wahlrecht aus. Trotz der Wadenkämpfe der Gegner gelang es, einen glänzenden Sieg für die nationalsozialistische Liste herauszuholen, und die Stimmenzahl gegenüber der letzten Wahl noch zu steigern. — Es erhielten:

1. (Nat.-Soz.)	1048 (1024)	17 Sitze
2. (Stahlhelm)	251	4 Sitze
3. (Deutschnat.)	238	4 Sitze

139 Stimmen waren ungültig.

Wieder rote Tumulte in Berlin

(Drohbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 1. Dezember. Auch gestern kam es an verschiedenen Stellen der Reichshauptstadt wieder zu kommunistischen Demonstrationen, die anscheinend von einer zentralen Stelle organisiert waren. Die Teilnehmer sammelten sich in der Potsdamer Straße, etwa 500 bis 600 Arbeiter. Dort waren zahlreiche Eingekerkerten, um Kohlen und Kartoffeln zu verlangen. Die Polizei ging gegen die Demonstranten brutal vor. Die Demonstranten waren zum größten Teil weiblich am Rande der Bewegung stehende Volksgenossen, deren Ziel die kommunistischen Führer für ihre eigenen Zwecke benutzten. Da sich in der Reichshauptstadt fast alljährlich ähnliche Vorkommnisse ereignen, dürfte es außer der Zeit sein, daß bald eine Regierung aus Ruhr kommt, die die Geißel der Arbeitslosigkeit aus Deutschlands Bauteil und dafür Sorge trägt, daß wieder Arbeit und Brot geschaffen wird. Wenn ein System haben in so unglücklicher Weise die Rot der Erwerbslosen vernachlässigen zu können glaubt, dann braucht man sich nicht zu wundern, wenn die verzweifelte Menschen den kommunistischen Führern in die Hände fallen.

73,5 Millionen Fehlbetrag in Berlin

(Drohbericht unserer Berliner Schriftleitung)

Berlin, 1. Dezember. Im Haushaltsausschuß des Berliner Stadtparlaments wurde gestern eine Haushaltsvorlage angenommen, die eine Einkommensumsetzung von 73,5 Millionen Fehlbetrag zur vorläufigen Abdeckung des rechnungsämterlichen Fehlbetrags von rund 73,5 Millionen Mark für das Haushaltsjahr 1930 vorschlägt. Die Lage der Stadt Berlin ist im Augenblick beklagenswert, daß mit bedauerlicher Umlage-Schwierigkeiten gerechnet werden mußte, es nicht gelingen würde, neue Vorkredite flüssig zu machen.

Wieder ein französisches U-Boot von Stapel gelassen.

Paris, 29. Nov. In Cherbourg wurde am Dienstag das französische Unterseeboot „Glorie“ von Stadel gelassen. Das Schiff hat bei einer Wasserdrängung von 1400 Tonnen über Wasser und 2000 Tonnen unter Wasser eine Länge von 92 Metern und eine Breite von 8,16 Metern. Zwei Dieselmotoren von je 3500 PS und zwei Elektromotoren von je 1000 PS versehen ihn eine Geschwindigkeit von 20 bis 10 Knoten. Die Bewaffnung besteht in einem 10-Zentimeter-Geschütz und sechs Torpedorohrwerfern. Die Bewaffnung ist auf 54 Mann zu besetzen. Die „Glorie“ gehört zum Typ „Prometheus“ und „Perseus“, hat aber wesentlich stärkere Motoren.

Die vorläufigen Ergebnisse der belgischen Senatswahlen.

Brüssel, 29. Nov. Die vorläufigen Ergebnisse der belgischen Senatswahlen liegen wie folgt vor:

Katholiken gewinnen 2 Sitze, Sozialisten gewinnen 2 Sitze, Altkatholiken gewinnen 2 Sitze, Liberale verlieren 2 Sitze, Kommunisten gewinnen 2 Sitze.

Der Senat hat die feststehende Mitgliederzahl von 153. Davon sind am Sonntag 93



Historischer Volkskunst-Abend in Berlin. Ausschnitt aus dem Szenenbild „Völkische Allianz 1814“. Links: Gneisenau, rechts: Bülow.

Aus der Bewegung

NSBO-Versammlung im Casino

1933 NSBO-Aufmarsch in Halle a. S.

Auf der NSBO-Versammlung im Casino sprach der NSBO-Generalsekretär Hg. Dieckmann, Oldenburg, oft von reichem Beifall unterbrochen, über politische und Arbeiterfragen. Er ging zunächst auf die gegenwärtige Regierungskrise ein und kennzeichnete dieses politische Spiel. Jetzt, nachdem der große Kampf gegen den Marxismus und Novemberräter von Hitler gekämpft sei, jetzt können die anderen aus ihren Verleiden, um die Früchte zu ernten, welche Hitler gesät habe. Mit erhobener Stimme, vom Beifall umflost, erklärte der Redner: Lieber wollen wir Nationalsozialisten auf die Barrikaden steigen, als daß wir in den Schmelztopf eines Profitparteiens fallen. Wir gehen unseren geraden Weg, Adolf Hitler hat entschieden, er hat entschieden im Interesse seiner Bewegung, im Interesse seines deutschen Volkes.

Sodann ging der Redner noch auf verschiedene Einzelfragen, Oldenburg, innere Organisation, Streik usw. ein und gab bekannt, daß Anfang des Jahres 1933 das erste große Reichstreffen der NSBO, verbunden mit einem großen Aufmarsch, in Halle a. S., stattfinden wird. Diese Kundgebung müsse ein machtvolleres Bekenntnis der deutschen Arbeiterschaft für Adolf Hitler werden.

Im Anschluß sprach Stadtbürgermeister Hg. Wegener und betonte besonders, daß jetzt jeder einzelne seine Pflicht tun müsse, sei es als Antisemit oder als Mann. An Hitler werde keine andere Regierung vorbeikommen — aber kurz oder lang werde Hitler der Sieger sein.

Achtung! Mitglieder der Ortsgruppe Offen

Am Donnerstag, 1. Dezember, 20.30 Uhr, findet in der Goldenen Kugel, Hamburgerstraße, eine Mitgliederversammlung statt. Es sprechen Hg. Dr. Hoffmann und Hg. Pfeiffer. Jedes Mitglied sollte es sich zur Pflicht machen, diese Versammlung zu besuchen. Gäste und auch Gegner willkommen.

Der Ortsgruppenleiter.

Ortsgruppe Oeffter

Am Dienstag, 6. Dezember, abends 8.30 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe Oeffter in der Rembertshausen eine Mitgliederversammlung. Redner des Abends ist Parteigenosse Dr. Pfeiffer, NSBO, Thema: „Die politische Lage.“ Erscheinen sämtlicher Parteigenossen ist Pflicht. Mitgliedsausweise sind mitzubringen. Der Ortsgruppenleiter.

Senatoren vom Volke neugewählt. 40 Senatoren wurden von den Provinzialräten gewählt. Von beiden Gruppen zusammen waren also 133 Senatoren zu wählen. Wanzig weitere Senatoren werden noch hinzugewählt.

Krach im österreichischen Nationalrat

Wien, 30. Nov. In der Mittwoch-Sitzung des Nationalrates kam es im Zusammenhang mit einer Anfrage bezüglich des Studentenstreiks Wien zu ungeheuren Kämpfungen. Staatssekretär Frey erwiderte in seiner Antwort den 15. Juli 1927, an dem bekanntlich bei den damaligen blutigen Kämpfen der Wiener Polizei in Flammen aufgegangen war. Als der Staatssekretär dieses Datum ausgesprochen hatte, begann ein allgemeiner Krach der Sozialdemokraten, aus dem man Rufe wie „mörderisch“, „Eigner“ und „Hochverrat“ vernahm. Gleichzeitig schlugen die Sozialdemokraten mit den Füßen. Der Präsident unterbrach die Sitzung für zehn Minuten. Nach Wiedereröffnung der Sitzung verließ die sozialdemokratische Fraktion den Saal und Staatssekretär Frey konnte seine Ausführungen beenden. Er stellte abschließend fest, daß ein behördliches Einschreiten gegen das Studentenstreik nicht gegeben sei.

Alles im Zeichen der Abrüstung

Wien, 30. Nov. Seit Tagen gehen hier Gerüchte um, wonach sich in der Tschechoslowakei die militärischen Kreise trotz aller von den Regierungskreisen zur Schau getragenen Abrüstungsbereitschaft einer sehr lebhaften Aktivität befleißigen. So wird, wie zuverlässig bekannt, in militärischen Kreisen Bragg ganz offen darüber gesprochen, daß die Tschechoslowakei trotz der Abmachung des Abrüstungsabkommens die Herstellung von Fliegergasgasbomben in beträchtlichem Umfang fortsetzt. Die Bomben werden zurzeit in Prag bei Pilsen bei den Städt. Werken hergestellt. Die Gasfüllung wird in Bystrzani bei Lemberg vorgenommen.

Litwinow zufrieden

Moskau, 30. Nov. Außenminister Litwinow empfing am Dienstag den Berichterstatter des „Petit Parisien“ und erklärte ihm, die Sowjetregierung begrüße die Unterzeichnung des russisch-französischen Nichtangriffvertrages. Die Sowjetregierung habe sich schon längere Zeit bemüht, den Vertrag mit Frankreich abzuschließen, der durch sowjetfeindliche Mächte

Ortsgruppenversammlung der Ortsgruppe Buntentor

Die am Dienstag, 20. November 1932 stattgefundene Versammlung hatte einen sehr guten Besuch zu verzeichnen, so daß der Saal vollbesetzt war. Hg. Wegener NSBO, der in unserer Ortsgruppe noch nicht geredet hatte, hielt uns einen ausgezeichneten Vortrag über das Thema: „Mit Hitler zur Macht“.

Wir werden dem deutschen Menschen den Sinn des Lebens wiedergeben, und uns in der Welt die Achtung verschaffen, die uns gebührt, und die nötig ist, um uns selbst wieder achten zu können. — Wir verlassen uns auf unsere eigene Kraft und haben nur Vertrauen zu unserem Führer Adolf Hitler, der uns ein neues Deutschland geben wird. — Mit einem dreifachen „Sieg-Heil“ auf unseren Führer und dem Singen des Hört-Wes-Heil-Liedes schloß die Versammlung. G. D.

Amtliche Bekanntmachungen der HJ.

Die HJ. in Bremen wurde vor kurzem zum Mann ernannt. Daraus ergeben sich für die Hitler-Jugend sowie für das Jungvolk folgende Umorganisationen:

1. Standort Bremen-Mitte
2. Standort Bremen-West
3. Standort Bremen-Ost
4. Standort Bremen-Neustadt
5. Standort Bremelangen
6. Standort Bremen-Landgebiet

NS-Schülerbund. Da die HJ. in Bremen an beruflichen Schulen als Betriebsgruppe der HJ. wieder einen Schülerbund aufstellt, werden Anmeldungen in der Geschäftsstelle Rembertstraße 31-32, laufend entgegengenommen.

NS-Frauenchaft Ortsgr. Schwachhausen.

Am 23. November versammelte sich die NS-Frauenchaft der Ortsgruppe Schwachhausen im Kaffee Buchner. Hgn. Webermeier schilderte die erschütternden Zustände in unseren Ländern, Ost- und Westpreußen und Oberschlesien. Wie die Polen in jeder Weise versucht haben und noch versuchen, das Deutschtum niederzuzubringen durch die für uns denkbar ungünstig gezogenen Grenzen, Raub an unserer Industrie und nicht zuletzt durch den Versuch die deutschen Schulen unter polnischen Einfluß zu bringen.

Nach diesem aufschlußreichen Bericht machte die Leiterin der Ortsgruppe, Hgn. Deister, noch einige geschäftliche Mitteilungen, in erster Linie die Weihnachtsfeier betreffend.

Schaften der Weizsäckischen vielfach stark gefährdet worden sei. Hiermit habe von dem Gedanken der Garantie und Sicherheit gesprochen. Die Sowjetregierung erklärte, daß sie diesem Gedanken nicht fernliege, werde sie immer für die Sache des Friedens kämpfen. Die Vertragsunterzeichnung werde hoffentlich zu einer Erweiterung des russisch-französischen Handels führen.

Schule: versuchen Bombenanschlag auf ihren Lehrer.

Neustettin. In der Nacht zum Sonntag wurden die Bewohner der Stadt durch einen lauten Knall aus dem Schlaf geweckt.



Präsident D. Kapler

Der Präsident des evangelischen Oberkirchenrats der altpreussischen Union, D. Dr. jur. Hermann Kapler, vollendet am 2. Dezember sein 63. Lebensjahr.

Am der Ecke August- und Moltke-Straße hatten mehrere Schüler des Fürstlichen Hedwig-Gymnasiums, die von einem Vereinsvergünstigten heimkehrten, vor der Wohnung des Studienrates Thiele einen Sprengkörper zur Explosion bringen wollen. Dieser Sprengkörper, ein Gemisch aus übermanganhaltigem Kali, rotem Phosphor und Chlorat, ist dabei wahrscheinlich vorzeitig explodiert. Dabei wurde dem 13-jährigen Heinrich Witz aus Neustettin die linke Hand bis zum Gelenk abgerissen. Ein Teil der Ladung verfehlte den Täter auch im Gesicht. Mehrere in der Nähe stehende Schulmädchen kamen mit dem Schrecken davon. Der Verletzte wurde in das Krankenhaus übergeführt, wo er noch in der Nacht einer Operation unterworfen werden mußte. Sein Zustand ist ernst. Nach den bisherigen polizeilichen Ermittlungen handelt es sich nur um einen Dummhungenfreier ohne politische Hintergründe. Wie die Schüler in den Besitz des Sprengkörpers gelangt sind, müssen erst die näheren Ermittlungen ergeben.

Todesurteil in Altona.

Altona. Im Elmshorner Mordprozeß wurde am Montag nachmittag um 16 Uhr das Urteil des Schwurgerichts gefällt. Der Angeklagte Schmitz wurde wegen Mordes in einem Fall (Peterßen) zum Tode sowie zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf Lebenszeit verurteilt.

Der Kaufmann Schmitz aus Elmshorn stand unter der Anklage, seinen Geschäftsteilhaber, den Kaufmann Schintel, sowie den Kaufmann Peterßen erschossen zu haben. Peterßen war der Nachfolger von Schmitz als Geschäftsführer des DVB und hatte Unregelmäßigkeiten des Schmitz in dessen Geschäftsführung aufgedeckt. Der Tod Schintels wurde zunächst als Selbstmord angesehen. In diesem Falle konnte Schmitz ein Mord auch nicht einwandfrei nachgewiesen werden, weshalb bereits der Staatsanwalt im Falle Schintel Freispruch beantragt hatte.

4 Opfer aus wirtschaftlicher Not

Dresden. Am Dienstag wurden der 43 Jahre alte Monteur Deroch, seine 37 Jahre alte Wirtschaftlerin und deren beiden Kinder im Alter von 13 und 5 Jahren in der Wohnung tot aufgefunden. Alle vier waren mit Gas vergiftet. Anscheinend haben Deroch und die Wirtschaftlerin in gegenseitigem Einverständnis die Tat vorbereitet. Als Ursache werden Nahrungsorgen angegeben.



Zollgrenzen mitten im britischen Imperium.

Seitdem Irland ein selbständiges Dominion geworden ist, müssen sich auch englische Reisende, die von der britisch gebliebenen Ulsterprovinz der Grünen Insel aus die Grenzen des irischen Freistaates überschreiten, zu ihrem nicht geringen Ärger einer schärferen Zollkontrolle unterwerfen.

Weihnachten im Zeichen der Strickmode!

Damen-Pullover
-Westen
Jersey-Blusen
und Kleider
in allen Preislagen



Sögestraße 17/19

Stadttheater

Heute,
Donnerstag, 20 Uhr,
77. Abonnements-Vorstellung
Ende ungefähr 22.30 Uhr:
Der große Lustspiel-Erfolg:
Das Konzert
Freitag, 20 Uhr, 78. Ab.-B.
Einmaliges Gastspiel
Jovita Fuentes
Madame Butterfly
Sonabend, 20 Uhr,
79. Abonnements-Vorstellung
Der große Opern-Erfolg:
Friedemann Bach

Der Märchen-Vorverkauf für die Vorstellungen ab
Mittwoch, den 7. Dezember, beginnt heute

In den Centralhallen
Düsterstraße
Volkstümliche Vorstellungen
des Bremer Stadttheaters:

Heute,
Donnerstag, den 1. Dezember u.
Dienstag, den 6. Dezember,
20.15 Uhr:
Der große Erfolg
Über'n großen Teich
Kleine Preise:
Mit. —50, 1.—, 1.50 und 2.—
Vorverkauf täglich an der Kasse
d. Stadttheaters u. d. Centralhallen

Schauspielhaus

Heute, 8. Ende 10.10 Uhr
8. Sonder-Abonnement
Der Kuß vor dem Spiegel
Ein Fall in 3 Akten von Fodor
Freitag: Serie G/8
Der Kuß vor dem Spiegel
Sonabend und Sonntag,
PYGMALION
Lustspiel von Bernard Shaw
Morgen, Freitag, 4.30 Uhr,
Sonabend, 4.30 Uhr,
Das herrliche Weihnachtsmärchen
Hallo, wer fängt Flip und Flap?
Ganz kleine Preise

**Puffköllingens
GESELLSCHAFTS
SPIELE**
CARL H. GROTHE
ANSGARITORSTR. 17

Jeder kann werben!

Ob Sie Schneiderin sind oder Fischer-
meister, ob Sie ein offenes Geschäft
haben oder in der Wohnung arbeiten,
— Sie müssen den Leuten sagen, was
Sie können. Dann werden Sie mehr
zu tun haben und mehr verdienen. Wie
war's mit einer Kleinen Anzeige in
der BNZ als Versuch?

Sind Sie schon Mitglied der NSBO?

Verkauf und An-
fertigung der billigsten
Lampenschirme
Humboldtstr. 105

Mietgesuche
Altees Ehep. f.
3-4 Zim. + Wohn-
raum, ev. wett.
Bord., b. 50. — Mit.
Ring. u. 21 825 b. 33.

Stellenangebot

Bezugsverkauf für
nat. f. Kunstpost-
kartenkalender 1933
(gezeichnet) dort zu
vergeben. Gültig-
keiten m. Muster-
bestellung (wird bei
Nichtgebrauch zu-
rückgenommen) an
G. Bräuer
Verlag Buchhandl.
Glend/Sonder-
hausen Eb. (Mitt.
2.50 Mitt. franko, St.
herbert f. Kommis-
sionslag. Mit. 15.—
Städterd. Mit. 1.—)

Verschiedenes

Entschuldung
auf zinsfreier Basis
durch die
Idag,
Hamburg
Kostenlos Ausf. d.
Willy Ruhlmann
v. d. Steintor 8/10 L.
Telefon 458 22
Geräte Mitarbeiter
überall gesucht.

Milch
liefert gut u. billig
H. Fiege
Mainstr. 6

15 000 Paar Strümpfe und Socken zu Ausnahme-Preisen

Damenstrümpfe Kunstseide, 4fach Florsohle u. Ballenverstärkung 68	Damenstrümpfe Wolle mit Seide der schwere Strapazierstrumpf..... 2 ¹⁰
Damenstrümpfe Matt-Kunstseide „Der Modestumpf“ erstklassige Qual. mit extra verstärkter Sohle..... 1 ²⁵	Frauenstrümpfe schwarz, feingestrickt, ein Sonderpost. 95
Damenstrümpfe Kunstseide, plattiert, mit garantiert flacher Sohle 58	Herrensocken gestrickt, reine Wolle, grau, schwarz, kamelhaarfarbig 52
Damenstrümpfe Kunstseide, plattiert, starkfädige solide Ware 88	Herrensocken reine Wolle, schwere Qualität, verstärkte Fer- sen und Spitzen..... 88
Damenstrümpfe reine Wolle, schwere Qualität... 95	Herrensocken gemustert, Wolle plattiert..... 65
Damenstrümpfe reine Wolle, her- vorrag. feinfäd. u. dehnbar, 4fache Sohle 150	Herrenstutzen für Knickerbocker, reine Wolle... 95
Damenstrümpfe Wolle mit Seide 3fache Sohle, Winkel u. Ballenverstärk. 1 ²⁵	Knabensportstrümpfe (5—11) Größe 5 und 6..... 45

Besonders preiswerte Kinder-Wollstrümpfe in erstklassigen Qualitäten auf Sonderlisten

10 000 Stück Qualitäts-Unterkleidung zu erstaunlich billigen Preisen

Damen-Schlüpfer mit fester Baumwoll-Decke, gefüt., in Gr. 42-48 68	Herren-Einsatz-Hemden mit starkem Mako-Gewebe und hübschen Einsätzen..... 95
Damen-Schlüpfer mit kunst- seidener Decke und warmem Innen- futter, bis Gr. 48..... 90	Herren-Einsatz-Hemden i. Nor- mal, wollgemischt, warme Qualität, Gr. 5 1 ⁵⁰
Damen-Plüsch-Schlüpfer starke Qual., i. viel. Farb. sort., Gr. 42 86	Futter-Hosen stark und mollig, Größe 4—6..... 1 ²⁰
Damen-Schlüpfer reine Wolle, gute haltbare Qualität, in allen Größ. 1 ⁹⁵	Plüsch-Hosen Mako, äußerst haltbar, Größe 5.... 1 ⁶⁵
Damen-Achselröcke mit Kunstseiden-Decke, bis Gr. 46... 1 ⁷⁵	Plüsch-Hemden schwere Makoware, Größe 5..... 2 ⁹⁵
Kinder-Schlafanzüge Kunstseid. mit Futter, große Auswahl, für 6jährige 1 ⁹⁰	Normal-Hosen feste wollgemischte Ware, alle Größen 85
Damen-Schlüpfer Kunstseide, in hübschen Pastellfarb. 88	Normal-Hemden alle Größen, wollgemischt..... 95
Charmeuse-Schlüpfer maschenfest, erste Wahl, alle Farben 1 ¹⁰	Mako-Hosen echt ägypt. Mako, Größe 5..... 1 ²⁵
Damen-Unterleid Kunstseide-Trikot mit Motiv..... 1 ⁷⁵	Mako-Hemden echt ägypt. Mako, Größe..... 1 ⁶⁰
Charmeuse-Dam-Unterleid mit hübschen Motiven und gut. Ware 2 ⁴⁵	Damen-Unterhemden ganz besonders billig, weiß gestrickt 38

Wir machen Sie besonders auf unser gut sortiertes Lager in Spezial-Größen auf-
merksam. Sie finden für jede Figur passende Unterkleidung preiswert und gut

Die Waren liegen zum Teil auf Extratischen aus
Es lohnt sich!

Gehr. Jeffers
A.G.
Faulenstraße

Unterstützt das Handwerk!

Heinr. Schneider
Stadt-, Fern- und Möbeltransporte
Einschleppen von Fahrzeugen
Hemmstr. 18/20 Weser 825 15

Groß-Garage Panzenberg
Franz Maps
Billigste Garage und Winterlager
Spezial-Reparatur-Werkstatt
für alle Fahrzeuge
Hemmstr. 18-20 Weser 825 15

NS.-Film-Morgen

Sonntag, den 4. Dezember 1932, morgens um 11 Uhr Im Europa-Palast

1. Der Aufmarsch der 100 000 in Potsdam am 1. und 2. Oktober 1932
2. Hitler-Jugend in den Bergen (dreimal verboten, jetzt freigegeben)
3. Ein deutscher Kulturfilm
4. Die neueste Wochenschau

Es spielt die Friedo-Hamann Kapelle

Karten von Reichsmark 0.50 an bei den bekannten Vorverkaufsstellen und an der Kasse
HITLER-JUGEND, BREMEN

Die andere Seite

Aus der Praxis eines Wünschelrutengängers

Wünschelrute ein physikalisches Problem? — Erdstrahlen, Krankheiten und Kilometerstein 23,9

Offener Brief

An den Naturwissenschaftlichen Verein Bremen

In der Vortagsveranstaltung des Vereins vom 21. November d. J. sind von einigen Geologen Reden über die Wünschelrute und Rutengänger, sowie deren „Wintermänner“ gehalten, die der Berichtigung bedürfen.

Herr Prof. Dr. Koch vom Mineral-Geologischen Staatsinstitut, Hamburg, hat gesagt, die Benutzung von Rutengängern zur Feststellung von Öl-, Kali- und Erzlagern sei nach dem Staatsanwalt, sobald sie behaupteten, solche Lager mit der Rute entdecken zu können.

Der verstorbene Prof. Dr. Stoller der Preuß. Geologischen Landesanstalt schreibt in einem Gutachten, datiert Berlin, den 2. Juni 1927, über das bei Hamburg gelegene Sottorfer Gebiet wie folgt: „Da beide Sottorfer Bohrungen viel angetroffen haben, so gehört das Gebiet, die beiden Stellen richtig vorausbestimmt zu haben, dem Wünschelrutengänger Stadtkammermeister A. D. Schröder in Kiel.“ Herr Prof. Stoller hat dieses Gebiet und das bei Barmen-Jahrendorf gemeinschaftlich mit Herrn Dr. Koch bearbeitet.

Graf v. Lindow-Wrochem sagt in seinem „Handbuch der Wünschelrute“, das er mit dem Geologen von Witzahn 1931 herausgab, auf Seite 315 folgendes: „Eine Zukunft hat die Wünschelrute jedenfalls in der Petroleum-Industrie. Petroleum tritt fast immer in horizontal weit verbreiteten Vorkommen auf. Die Unterschiede der Menge und die Grenzen der Verbreitung müßte ein entsprechend befähigter Rutengänger nach unseren bisherigen Erfahrungen angeben können.“

Diese beiden Herren sind die Vorstehenden des Verbandes zur Klärung der Wünschelrutenfrage e. V., deren Veröffentlichungen seit 1912 im Verlag von H. Oberbaur, München und Berlin, erscheinen. Im Jahr 1931 ist ein ausführlicher Artikel über den Gebrauch des Ausbruchs Wasseradern auch im norddeutschen „Nachrichten- und Fachblatt für Geologen und Fachleute“ erschienen.

Herr Professor Geißler von der Technischen Hochschule Hannover gab auf meine Bitte hierüber einen Sonderabdruck aus Nr. 51 vom 16. September 1931 der „Zeitschrift Wasser und Gas“ heraus, in dem er sagt, daß der Rutengänger, in diesem Fall der Landrat von Uslar, selbst im vorher bestimmten Grundwasserträger eine „Aber“ fühlt, das heißt nach seiner Meinung, ein unterirdisches Geringe von größerem Geschiebe, was Herr Koch bestritt.

Herr Dr. Richard Ambrom, Göttingen, Leiter des Physikalischen Instituts sagt im „Helion“ 1920, Seite 10: „Die Wünschelrute dürfte dann vielleicht geeignet sein, größere Gebiete einer erstmaligen, vorläufigen Untersuchung zu unterziehen, an welchen Stellen sich wohl weitere Nachforschungen mit objektiven, von jedermann mit allgemein üblichen Apparaten nachprüfbar Methoden lohnen dürften.“ Die radioaktiv-Verfahren des Herrn Ambrom hat Herr Landrat von Uslar mit der Rute unter Kontrolle des Herrn Dr. Schütte vom hiesigen Gaswerk im Gebiete der Neustadt in Bremen ziemlich genau angegeben. Das

Im Laufe der Aussprache über das umstrittene Phänomen, um den „Kilometerstein 23,9“, kam auch das Problem der Wünschelrute zur Sprache. Nachdem die eine Seite ihre Meinung darlegte, steht sich im folgenden Herr Holmar Franzius, Bremen, der sich die Forschung für und mit der Wünschelrute zu einer Lebensaufgabe gemacht hat, für die Wünschelrute ein. Herr Franzius hat als erster in Bremen die Forderung erhoben, das Problem auch in Bremen experimentell zu durchleuchten. Der Naturwissenschaftliche Verein Bremen hat bereits in einem von uns veröffentlichten Bericht Stellung genommen und das Problem Wünschelrute in die Psychologie verwiesen. Im Gegensatz hierzu steht Herr Franzius, der bereits am 10. Juni 1926 in einem uns in der Abheft vorliegenden Brief an die Bremer Stadt-Bibliothek den Satz geschrieben hat: „Es handelt sich (die St.-V. hat ein Buch über die Wünschelrute unter „Stultusmus“ katalogisiert) jedoch um eine physikalisch-physiologisch-physiologische Erscheinung bei diesem Problem, das wahrscheinlich auf physikalischer Basis gelöst wird.“

Wir glauben, die Aussprache über das umstrittene Problem dadurch zu fördern, daß wir Fürsprecher und Gegner zur Sprache kommen lassen. Im folgenden also die Stellungnahme eines Fürsprechers.



erwartet auch Herr Dr. Ambrom von einem tüchtigen Rutengänger.

Schon 1919 sagt Admiralitätsrat Franzius, der Mitglieder des Verbandes zur Klärung der Wünschelrutenfrage, im Zentralblatt der Bauverwaltung vom 10. Nov. 1919, Seite 586, herausgegeben vom Ministerium der öffentlichen Arbeiten, über die Wünschelrute: „Tragen doch die Professoren H. Engels, Endris, Malinowsky, W. Müller, Staby, W. Weber (München) und Weyrauch auf Grund ihrer Beobachtungen kein Bedenken mehr, öffentlich durch mich auszusprechen zu lassen, daß sie die wissenschaftliche Erforschung der Erscheinung für durchaus angezeigt halten. Damit sind sieben gelehrte Männer ersten Ranges, Professoren

der Technischen Hochschulen Berlin, Dresden, München, und Stuttgart, die dem ebenbürtigsten „Witz“ auch des „Überflüssigen“ verdächtigen wird, für die verpörrte Rute eingetreten.“

In Bremen haben die Herren v. Uslar und Eder v. Graebe im Kolonialverein, in der Bremer Gesellschaft von 1914 und vor der Vereinigung Vorträge über die Wünschelrute gehalten.

Im Vortage am 21. November 1932 ist kein Mensch für die Rute eingetreten, was in der Bevölkerung allgemein Erlaunen erregt hat.

Hochachtungsvoll
Holmar Franzius

Wissenschaft und Wünschelrute

Unter dieser Überschrift bringen Sie in Ihrer Ausgabe vom 21. November einen sehr beachtenswerten und der Sache gerecht werdenden Artikel über die von Herrn Carl Weges, Berlin, angestellten Versuche und seine persönlichen Anschauungen über durch Erdstrahlungen, die er mit der Wünschelrute feststellt, hervorgerufene Krankheitserscheinungen, sowie über das durch die eigenartigen Erscheinungen bei Kilometerstein 23,9 gebotene Interesse der Allgemeinheit für das Wünschelrutenproblem.

Es scheint wenig bekannt zu sein, daß die Wissenschaft sich seit über 20 Jahren sehr intensiv mit der Lösung dieses Problems beschäftigt. Wenn nun schon die Mitgabe einer Reihe namhafter Gelehrter beim Verband zur Klärung der Wünschelrutenfrage, und die Angehörigkeit von 472 Mitgliedern im Jahre 1913, darunter erste Größen der Wissenschaft und der Wirtschaft, staatliche Institute und Großkonzerne die Garantie dafür geben, daß es sich hier um ein wichtiges Problem handelt, wie es ja auch von Ihnen betont wird, so wird die Erforschung der Einwirkung von Erdstrahlungen auf den Menschen bzw. auf die in seinen Händen befindliche Wünschelrute, die aber nur bei wenigen Menschen, sog. Rutengängern funktioniert, durch die von verschiedenen Seiten gemachten Erfahrungen über die schädliche Wirkung solcher Strahlen auf den menschlichen und tierischen Organismus nur um so dringlicher.

In der „Göttinger Post“ vom 19. Juni 1932 schreibt Dr. R. P. Moques folgendes: „Das Freizeiter v. P. über Folgen der Erdstrahlung sagt: „Rohr sagt: „Die Krebskrankheit, die der Wissenschaft heute noch viel zu schaffen macht,

wird nicht durch einen „Krebs-Bazillus“ verursacht, sondern sie wird von starken, schädlichen Ausstrahlungen der Erde hervorgerufen. Um dies zu beweisen, ersuchte er — unter freier, amtlicher Kontrolle — mit seiner Wünschelrute die unterirdischen Wasserläufe in der Stadt Wiesbaden in Bayern und zeichnete sie in den Stadtplan ein. Nach seiner These konnten Krebs-Fälle nur in Häusern vorkommen, die an solchen unterirdischen Wasserläufen liegen. Ein Vergleich mit der amtlichen Liste der zehn Jahre von 1913 bis 1923 — nach der die Kreuze in der Karte eingezeichnet wurden — ergab die Richtigkeit.“

Dr. Moques führt nun dazu aus: Es geht um folgendes: zur Erkenntnis verhilft sich die Meinung, Weichwerden bedeuten Leben und Tod.“ Er man sie nun tödliche Strahlung nennt, wie der französische Forscher Laugel, oder ob man sie Erdstrahlen nennt, wie die deutschen Sachkenner, das ist gleichgültig. Die Ergebnisse sind so gleichlautend und erhellend, daß man an der starken Wirkung von Weichwerden (gleich welcher Herkunft) nicht mehr zweifeln kann. Schon in der Veröffentlichung über Laugel mußte der deutsche Wünschelrutenforscher Freiherr v. Pohl genannt werden, dessen Arbeiten durch Sach- und Tagespresse bekannt geworden waren. Seit legt er sein Buch vor: „Erdstrahlen als Krankheitsreize“ (Huber-Verlag, Pfaffenlof, München). Und er berichtet aus nahezu dreißigjähriger Praxis als Wünschelruten-Gänger über Einzelbeobachtungen zunächst, dann 5 fremdtätige Untersuchungen und Tötungen, die so überzeugend klingen, daß man ihm glauben muß.

Er behauptet (und beweist) nicht mehr und nicht minder als die äußere Entstehungsursache des Krebses in den Erdstrahlen gefunden zu haben. Auch andere Wünschelruten-Gänger, wie Winger und Melzer haben das früher schon ausgesprochen (1927 in der „Mediz. Wochenschrift“, „Medizinische Welt“), ohne jedoch den Umfang und die Systematik der Untersuchungen (und damit die Beweisstärke) Pohl zu erreichen. Pohl ging noch weiter: er konstruierte eine Apparatur zur „Entstrahlung“, die den Krebs vorbeugen soll. Und anderen Leiden. Denn nicht nur Geschwülste führt Pohl auf Erdstrahlen zurück, auch andere Leiden bei Mensch, Tier und Pflanze. Und er beugt der Blüggfährte vor.“

Wenn es nun bis heute den Professoren der Münchener und Würzburger Universitäten, die die verschiedenen in Frage kommenden Gebiete beherrschen, nicht gelungen ist, eine Erklärung des Wünschelruten-Phänomens zu finden, wie es ebenbürtig den Pariser und Londoner Gelehrten, die einzig mit dem Problem beschäftigt sind, geklärt ist, so ist diese neue Anregung, die besonders das medizinische Gebiet betrifft, sehr zu begrüßen.

Bei 410 Fällen von Krebs, die allein in Bremen im verflochtenen Jahr registriert sind, kann man nur für jedes Material dankbar sein, das zur Lösung der Strahlenfrage und der Einwirkung von Strahlungen auf den Organismus über die Rute beitragen kann. Auf dem praktischen Gebiet des Wünschelruten haben die Vorträge dreier Physiker im Naturwissenschaftlichen Verein, besonders von Dr. K. A. L. Lampff und Prof. Dr. Grebe, insofern für weitere Kreise eine Klärung gebracht, als sie bewiesen, daß die Ionisierung der Luft durch Strahlung einer Leiter für den Witz herstellt, der diesen aus der Atmosphäre in die Wasseradern und besonders in deren Kreuzungspunkte, von denen natürlich erdröhrende Strahlung ausgeht, hineinführt.

Wasseradersuche vom Zeppelin aus

Um den Beweis zu ermöglichen, daß es sich bei den Ausflügen bzw. Notationen der Wünschelrute über Wasseradern, um die Eindringung von Strahlungen handelt, und gleichzeitig festzustellen, daß diese Strahlen sich noch in die Atmosphäre hinein fortsetzen, wurde gelegentlich bei Bedarf Herrn Geheimrat v. Uslar ein „Zeppelin“ zur Verfügung gestellt.

Man überflog nun im rechten Winkel eine dort in großer Tiefe erbohrte Wasserader, ohne Herrn v. Uslar die Höhenlage des Luftschiffes anzugeben. Es handelt sich um eine Höhe von mehreren hundert Metern. Wenn nun v. Uslar die Strahlungen in der Luft überhaupt empfing, so mußte er in der Lage sein, die Tiefe der Wasserader annähernd zu bestimmen. Beim rechnerischen Überprüfen einer Wasserader auf der Erdoberfläche reichte Uslar die Rute auf einer gewissen Strecke. Unter dem Mittelpunkt dieser Strecke befindet sich die Mitte der Wasserader bzw. des unterirdischen Flusses. Die Länge der rotierenden überstrichenen Strecke ergibt vom Mittelpunkt aus ziemlich genau die Tiefe, der aber, was in Taschengeld von Hüllen befristet ist. Uslar'se Witzung nun nicht nur die Strahlen in der Luft, sondern auch die Tiefenangaben klammern genau mit der auf der Erdoberfläche gemessenen Praxis überein.

Die in der Presse geschilderten Vorgänge bei dem „Kilometerstein 23,9 der Luft“ bei Dabbulline in England, wo eine ganze Anzahl von Flugzeugen verunglückte, haben in der Luftspiegelung vielleicht ihre Erklärung gefunden, man sollte jedoch angesichts der gefährlichen Strahlenwirkung im Auto und in der Luft doch einmal einige tüchtige Rutengänger in Dabbulline Untersuchungen machen lassen, ebenso wie an anderen Orten, wo mehrfach Unglücksfälle, die soweit keine Erklärung fanden, vorkamen.

Besonders interessant wären auch Versuche auf dem Gelände, über dem seiner Zeit das große englische Luftschiff R 1 auf den ersten Indien-Ring in Frankreich seinen Untergang fand. Es soll doch damals der Steuermann die Steuerung aus der Gewalt verloren haben. Inwiefern Einwirkungen auf die Kompaß und sonstige Apparate, den Magneten und sonstige Motorenteile vorkommen können, wäre hier wie auch beim Auto zu untersuchen. Die mögliche Gefährdung von Menschenleben ließe es erwünscht erscheinen, wenn Führer von Luftschiffen, Flugzeugen und Autos sich einmal auf ihre Rutengängigkeit prüfen würden. Dies könnten besonders die bei Kilometerstein 23,9 beschädigten Autoführer tun, um zur Klärung der Unfälle beizutragen.



In Erwartung des Weihnachtsgeschäftes
Einzelhandels-Umsätze in den Monaten November und Dezember in Prozenten des Jahres-Umsatzes

Noch mehr als in den früheren Jahren ist diesmal der Einzelhandel auf einen beträchtlichen Verkauf des Weihnachtsgeschäftes angewiesen. Welchen Einfluß das Weihnachtsgeschäft auf den Jahresumsatz der einzelnen Gruppen des Einzelhandels hat, gibt unser Schaubild wieder. In manchen Branchen entfällt ein Drittel des Jahresgeschäfts auf die beiden letzten Monate des Jahres, bei den Spielwaren ist es sogar 64 Prozent.

7 billige Weihnachts-Schuhstage bis zum 8. Dezember

Die große Mode



3-Oesenschuhe
m. Teuschl'ge kombin.
biniert, vorzügliche
Verarbeitung

7²⁵

Rehnlische Modelle mit 1/2 hohem Absatz 6⁹⁰

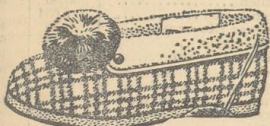
Damen-Spangenschuh

Marke Hess

9⁵⁰

Damen-*Reinhold Löffler*-Schuh

Lackschnürschuh 14⁵⁰



Garantiert reine
Wolle u. Kamel-
haar nur
2⁹⁵



Braun Rind-Box

erstklassiges Fabrikat
Gr. 25-28 5.35, Gr. 21-24

4³⁵

Schwarz Rind-Box

Schulstüfel, Zwischen-
sohle Lederbandsohle,
Größe 28-35 nur

5⁹⁰

Boxkalf-Kinder- Spangenschuhe

Größe 27-35, 1a Material

4⁸⁵



Braun- und schwarz Boxkalf Lackschuh

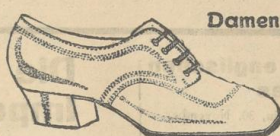
Ähnl. Modelle 8.90, 9.75

6⁹⁰

Braun Boxkalf-Herrenstüfel

Marke Hess, Rand genäht 15⁵⁰

10⁹⁰



Damen-Sportschuh

braun Boxkalf-
Strapazier-
schuh

nur 7²⁵



braun Boxkalf- Herrenstüfel

..... 15⁵⁰



Pommersche Pantoffel

Kinderhausschuhe

mit Ledersohle 1.10, 1.00, 93, 82

Schuhhaus Wachendorf
Ostertorsteinweg 49 • Pilske Hess-Schuhe: Oberstr. 22-24

Alles in unseren bekannt guten Qualitäten!
Angezählte Schuhe werden gerne bis
Weihnachten zurückgestellt

„Hilferjugend in Potsdam“

Unsere Jugend ist die Brücke über die Kluft zwischen Deutschlands historischer Vergangenheit und seiner blutvollen selbstbewussten, vollen Zukunft.

Potsdam: Das war ein Erkenntnis. Die deutsche Jugend unter dem Hakenkreuz hat den Willen und die Macht zur Erfüllung und Bollendung, zur Zukunft, die nicht heißt — ich, nicht Partei, sondern Deutschland.

Potsdam: Das war die ungeheuerliche Jugend- und Jugendbewegung der Welt, das war der Aufruf zu neuer unermüdlicher Arbeit an sich selbst und am Volk und war tiefes Gemeinschaftsleben.

Wer sah, wie unsere Jugend vor dem Führer stand, mit blauen Augen, wer sah, wie sich ihre Arme emporstreckten in flackerndem Fackelglanz, deutsche Jungen und Mädchen, zum heiligen Schwur auf den Führer, auf Deutschland, wer hörte, wie das Hoch-Weißel-Ried brandete aus tiefer Begeisterung über das nächste Feld, wer dieses einzige, heiße, glühende Erkenntnis zu Deutschland in tiefer Notzeit sah, den hat es gepackt, den hat es mitgerissen, der hat erfahren, was deutsche Jugend ist.

Nach einmal wird uns der Atem dieser beiden großen Tage aus nächster Nähe erfaßen, nach einmal dürfen wir zurückgehen auf das Unbegreifbare, das uns überkam, das uns ergreifen hat bis auf den letzten Mann. Es war eine Weile, ein Erlebnis das uns seiner nehmen kann.

Und darum wird uns der Sonntagmorgen im „Europa-Palast“ eine Weile sein.

Programmpunkte am Sonntag, dem 1. Dezember, morgens um 11 Uhr im „Europa-Palast“, Bahnhofsstraße:

1. „Wochenchau“
2. Regitationen
3. „Hilferjugend in den Bergen“
4. „Hilferjugend in Potsdam“

Eintrittspreise: 0,50 M. bis 2 M.

Centralhallen-Schauspiel. Die nächsten Wiederholungen des beispiellos erfolgreichen Volksstückes „Über'n großen Teich“ in den Centralhallen finden statt am Donnerstag, 1. Dezember, und Dienstag, 6. Dezember.

Dorurdschen, das diesjährige Weihnachtsmärchen des Stadttheaters, das die alte wunderwolle Kinderlage in der herrlichen und musikalischen Bearbeitung von Alexander Schiller bringt, kommt mit prachtvollen neuen Dekorationen und Kostümen, Tänzen und Balletts, am kommenden Sonntag nachmittag heraus. Ganz kleine Preise.

Stadttheater

Heute, Donnerstag, Wiederholung des Lustspiels „Das Konzert“ von Hermann Bahr, eines der theaterhistorischsten Komödien der Jugendstilzeit, in der glänzenden Neuinszenierung durch Eva Fiebig. Freitag, Opernspiel „Die Fledermaus“, der großen japanischen Künstlerin als Madame Butterfly. Sonnabend, „Friedemann Bach“, Sonntag, 20 Uhr, die entzückende Johann Strauß-Operette „Der lustige Krieg“. Montag: Geheißene Vorstellung. Dienstag: Aufführung des neuen Schauspielers von Hellmut Langer: „Unter dem vollen Mond“, das eine tragische Begebenheit unserer Tage darstellt. In den Hauptrollen die Damen Flora, Fiebig, Schar und die Herren Gersch, Müller, Wente, Othoff, Eißig. Regie: Dr. Falk. Mittwoch: „Krieg“.

Bremer Konzert-Verein e. B. Der am 20. Dezember, 20 Uhr, im kleinen Glockenstuhl stattfindende zweite Kammermusik-Abend bringt 2 Künstler nach Bremen, die hier nicht mehr unbekannt sind. Die in Berlin lebende Sopranistin Ingeborg Zischewitz ist eine Schülerin der hiesigen Gesangspädagogin Ella Heintz. Sauer und des Berliner Hochschullehrers Stiefel, dessen Schülerin sie nach Abschluß ihres Studiums wurde. Der Pianist Hans-Martin Theopold, Berlin, ist bekannt als Begleiter von Professor Dr. h. c. Habemann. Das reichhaltige Programm steht wieder von Schubert, Brahms, Liszt, Schumann und Haas vor, sowie die Wanderer-Fantasia von Schubert und eine Klavierfuge von Alban Berg. Karten für diesen gemächlichen klassisch-modernen Kammermusik-Abend zu den bekannten ganz niedrigen Eintrittspreisen bei G. Bartels, Domsch 18 a.

Vortrag Jna Seidel. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur noch eine beschränkte Anzahl Karten zu dem am Freitag, dem 2. Dezember, im kleinen Glockenstuhl stattfindenden Vortragabend der Dichterin verfügbar ist. Im Interesse der Zuhörer wird um pünktliches Erscheinen gebeten. Der Abend wird eingeleitet durch einen autobiographischen Vortrag.

Kolonial-Abend. Am 2. Dezember findet in der „Union“, 20.30 Uhr, ein Kolonialabend statt, an dem Josefa Flora und Willy Kasper vom Stadttheater mitwirken, sowie das Kolonial-Kabarett-Orchester. Im Mittelpunkt des Abends steht ein Lichtbilder-Vortrag über Deutsch-Ostafrika. Der werkschloße haben freien Zutritt.

Bremer Protestanten-Verein. Am Freitag, 2. Dezember, spricht im Gesellschaftslokal der „Kloster“, um 20 Uhr, Pastor Fialgatz über die hochkirchliche Bewegung unter dem Thema: „Der neue katholische Reformversuch an unserer protestantischen Kirche“. Eintrittskarten im Dombüro und abends.

Tänztische, Kleinführer- und Schwanzen-Veranstaltungen. Die Sprechstunden finden in nachstehenden Schulen zu den dabei angegebenen Zeiten statt: Schule Horner Heerstraße jeden Montag 2.30-3.30 Uhr; Hauptstraße jeden Dienstag 2.15-3.15; Geschworenweg jeden Dienstag 2.30-3.30; Ostelshausen jeden Dienstag 2.30-3.30; am schwarzen Meer (Seminarische) jeden Mittwoch 2.30-3.30; Kleine Allee jeden Mittwoch 2.15-3.15; Eislerstraße jeden Mittwoch 2.30-3.30; am Alten Postweg je-
den Donnerstag 2.30-3.30; Georgstraße je-
den Donnerstag 2-3; Herfstraße jeden Don-
nerstag 3.15-4.15; Rechenleierstraße je-
den Freitag 2.30-3.30; Ritterstraße je-
den Freitag 2-3 Uhr.

Auf die während der obigen Sprechstun-
den stattfindende Beratung der Kleinführer
vom 2. bis 6. Lebensjahre und auf die im
Anschluß an die Sprechstunden stattfindende
Schwanzengerechnung wird besonders hin-
gewiesen.

Kommunistischer Schmied

Die KPD verbreitet mittels Flugblätter eine
Schmiedmeldung, nach der der Führer des Stil-
punktes Transfekt B. Thun 3 zwei kommuni-
stische Arbeiter grandios überfallen und einen da-
von blutig gefesselt habe.

Wie wir aus Grund von einwandfreien Er-
kundigungen feststellen konnten, ist diese Darstellung
des Vorfalles in allen Teilen unrichtig.

Was für ich dagegen, daß die beiden Kommuni-
sten, nachdem sich Bg. Thun eine Zeitlang durch-

aus ruhig mit ihnen unterhalten hatte, grandios
beffen und die ganze nationalsozialistische Be-
wegung mit ihrem Führer auf das Gemeinste bele-
digten. In bereitigter Abwehr hat darauf Bg.
Thun dem einen der beiden Verurteilter vom
Maf aus mit der flachen Hand eine hinter die
Kopf gegeben, was dieser voll und ganz verdient
hat.

Die Zeiten, in denen sich Nationalsozialisten
ohne Gegenwehr grandios angreifen lassen, sind
eben ein für allemal vorbei.

Der Raubüberfall auf den Norddeicher Gemeindevorsteher vor Gericht

Murich. Die große Strafkammer Murich
verhandelte gegen den Uhrmachergehilfen
Egon Baumann, 20 Jahre alt, und
den Schlossergehilfen Johannes Baumann,
24 Jahre alt, beide aus Murich. Beide Angeklagten sind bereits vorbestraft.
Die beiden Angeklagten verübten in der
Nacht zum 25. September einen Einbruch
bei dem Gemeindevorsteher in Norddeich;
beide waren voll gefähig. Während Egon
in das Haus eindrang, stand Johannes vor
der Tür mit einem Revolver bewaffnet
Schmiede. Als der Gemeindevorsteher her-
auskam, um nach der Ursache der Geräusche
zu forschen, gab Johannes sofort einen
Schuß ab, durch den der Gemeindevorsteher
in den rechten Oberarm getroffen wurde.
Die Brüder flüchteten dann, nachdem Egon
die Kasse mit etwa 800 Mark geraubt hatte.
Sie wurden schon am folgenden Tage in
ihrem Hause verhaftet. Wie Johannes
Baumann angibt, will er nicht die Absicht
gehabt haben zu treffen, sondern er wollte
nur den Gemeindevorsteher verschrecken.
Der Staatsanwalt machte darauf aufmerk-
sam, daß es sich hier zum ersten Male um
Raub mit Waffengewalt handele. Er be-
antragte Jugendstrafen von je sechs Jah-
ren. Das Gericht erkannte auf je 3 1/2 Jahre
Gefängnis.

Bemerkenswertes Arbeitsdienstsprojekt in Wefermünde

Wefermünde. Neben den im Landkreis
Wefermünde eingerichteten Arbeitslagern, über
die bereits berichtet wurde, und die vom Ju-
gendamt und der Arbeiterwohlfahrt betrieben
werden, hat das Stadtbüro ein sehr be-
merkenswertes Projekt im Wege des freiwilligen
Arbeitsdienstes in Angriff genommen. Es han-
delt sich um die Vorarbeiten zu der Verbin-
dung zwischen der Hauptstraße des Stadtteils
Lehe, der Hafenstraße, und der projektierten
und im Aufbau auch schon teilweise fertig-
gestellten Verbindungsstraße zwischen den
Stadtteilen Lehe und Geestmünde, der Gustav-
Stresemann-Straße. Zunächst sind 20 Mann
damit beschäftigt, den hinter der Oberrealschule
befindlichen sogenannten Schafbeich abzut-
ragen und mit dem gewonnenen Boden das Ge-
lände östlich und südlich der alten Deichführung
zu planieren, da hier die Verlängerung der
Ruhstraße, eben der zukünftigen Verbin-
dungsstraße, durchgeführt werden soll. Dazu ist
ferner erforderlich, daß der dort befindliche
Sportplatz um 10 Meter südlich verlegt wird
und eine leichte Abföhrung erhält, was von
den Sportlern begrüßt werden wird, da die
neue Anlage gleichzeitig eine Wanderte er-
halten wird. Im Zusammenhang damit ist auf
dem Gelände des toten Geest-Armes eine Park-
anlage und ein weiterer Sportplatz mit Lauf-
bahn und Spielfeld vorgesehen. Mit den letz-
genannten Arbeiten wird zwar erst im nächsten
Frühjahr begonnen werden können.

Absage an Schünemann

(Absticht)
Verlag der BVB.
Bestelle hiermit die „Bremer Nachrichten“
zum 1. 12. 33 ab, da ich Ihre Zeitschrift gegen die
BVB nicht mehr lesen mag.
Ihre langjähriger Abonnent
S. R.

Fünfsache Bürgerfeier in der Land- gemeinde Barel abgelehnt

Barel. Unter Vorsitz von Gemein-
devorsteher Brunten hielt der Gemeinderat
eine Sitzung ab, um Stellung zu nehmen
zur Föhrung der fünfsachen Bürgerfeier für
das Rechnungsjahr 1933. Die Vertreter
der Nationalsozialisten lehnten die Steuer
ab. Ein diesbezüglicher Antrag fand mit
17 Stimmen bei einer Enthaltung An-
nahme. Ferner lehnte der Gemeinderat An-
träge der Erwerbslosen auf Gewährung von
besonderen Unterhaltungen an Nahrungs-
mittel, Kleidung, Beheizung der Miete usw.
ab. Der Gemeinderat erklärte sich mit der
Vornahme einer Notfallsammlung von
Kleidungsstücken und Nahrungsmitteln ein-
verstanden. Für Notfallsarbeiten sind
2000 Tagewerte genehmigt.

Mit dem Motorrad in den Tod

Barel. Nachts ereignete sich auf der
Antwerpsstraße Barel-Bodhorn in der
Nähe des Schmiedehauses ein tödlich
verlaufener Motorradunfall. Der 24jährige
Landwirt Hansen-Grubhorn geriet mit sei-
nem Motorrad gegen einen Baum und zog
sich eine schwere Gehirnerschütterung zu,
an deren Folgen er kurze Zeit später ver-
starb.

(Weitere Meldungen aus der Umgebung Seite 12)

Rundfunk

Donnerstag, 1. Dezember. 16 Deutsche Jugend-
runde. 16.30 Unterhaltungs-Konzert. 17.30 Wie
sagt die Welt für den Arbeiter? 17.55 Das
bunte Programm. 18.55 Frankfurter Abendbesche.
19 Spinaler Kinderklinik. 19.25 Wetterbericht.
19.30 Abend-Bücherei-Stunde. 20.30 Musik —
Verdrehen — Wendebericht. 22 Nachrichten-
dienst. 22.30 Zeitpunkt. 22.30 Längen von 1900-1932.
23.30 Eisbericht.

Freitag, 2. Dezember. 6 Zeitungs- und Mittelfunk-
gen über Ost- und Gemüde. 6.15 Morgen-
gymnastik. 6.30 Wetterbericht. 6.35 Morgenmusik.
7 Zeitungs- und Eisbericht. 7.15 Fortführung der
Morgenmusik. 8.15 Braune Fragen und anderes
Weihnachtsgebet. 10.10 Musik-Sitzung. 10.15
Erdung, erzählt aus einem Leben. 10.50 Nach-
richtendienst. 11.30 Musikprogramm. 12 Zeitungs-
dienst. 12.30 Wetterbericht. 13.15 Schall-
plattenkonzert der Rundfunk. 14 Nachrichten-
dienst. 14.10 Tendenz am Hamburger Stadttheater.
15 Börsenfunk. 15.40 Schiffahrtfunk.

Verlag der B. V. B.
Bremer Nationalsozialistische Zeitung G. m. b. H.
Hauptverteilung: Gustav v. Scharf.
Verantwortlich für Inhalt und Redaktion: Gustav v. Scharf.
Gustav v. Scharf, Bewegung u. Allgemeines Richard
Gschmied, für den Hauptverteilung Gustav v. Scharf,
in Bremen.
Kolonialdruck u. Druckerei Bremen.

Handel und Volkswirtschaft

Tägliche Beilage der BNZ

Die Krise des englischen Pfundes

Berlin, 30. November.

(Bericht unserer Berliner Schriftleitung)
Seitdem England im September v. J. den Goldstandard aufgegeben hat, d. h. seitdem es die Einlösungspflicht der Bank von England für Noten in Gold außer Kraft gesetzt hat, ist am internationalen Geldmarkt verschiedentlich, besonders von Frankreich und England, versucht worden, eine Baisse des englischen Pfundes zu inszenieren. Auch augenblicklich hat das Pfund wieder unter einem solchen Baisseangriff zu leiden, den man wohl als den schwersten seiner Art bezeichnen kann. England hatte vor einiger Zeit bei den Vereinigten Staaten von Amerika beantragt, eine fällige Schuldzahlung von 120 Millionen Dollar zu stunden. Dieser Antrag ist von Amerika abgelehnt worden. Seit Bekanntwerden der amerikanischen Ablehnung ist das Pfund dauernd gefallen und hat am 29. November mit 13,30 RM. (Goldparität 20,42 RM.) seinen bis her tiefsten Stand erreicht. Man darf gespannt sein, welche Maßnahmen England gegen die dauernden, planmäßigen Baisseangriffe gegen seine Währung ergreifen wird. Interessant ist, immerhin die Feststellung, daß trotz der internationalen Schwäche in England selbst von einer Inflation oder von inflationsähnlichen Erscheinungen nichts zu merken ist. In England gilt immer noch der Grundsatz: Pfund ist Pfund. In erster Linie ist das auf die beispiellose Disziplin der englischen Bevölkerung zurückzuführen, die sich durch internationale Manipulationen nicht irremachen und nicht beunruhigen läßt. Damit ist der Beweis erbracht, daß es sehr wohl möglich ist, trotz international tiefer Stände die Währung im Inneren eines Landes stabil zu halten.

Keine Zinsscheineinlösung der Duisburger Stadtanleihe

Nach Mitteilung der Stadtverwaltung ist die Stadt Duisburg außerstande, die am 1. Dezember fälligen Zinsscheine ihrer Anleihe von 7 Millionen RM. von 1928 bei Fälligkeit einzulösen. Die Stadt hofft, diese Verpflichtungen in den nächsten Wochen nachholen zu können, wie es auch beim Junitermin in diesem Jahre voll geschehen ist.

Amerikanische Baumwolle

(Aus dem Bericht der Bremer Baumwollbörse)

Mittwoch, 30. November

Bremen

Loko: 7.08 cents (vorige Notierung 6.98 cents)

Termin:	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.
Voriger Schluß	6.55/—	6.62/55	6.68/67	6.79/77	6.88/86	7.04/02
Eröffnung	—	6.75/72	6.87/86	6.97/94	7.07/05	7.23/19
13 Uhr	—	6.75/70	6.85/83	6.94/91	7.04/00	7.19/16
16.20 Uhr	—	6.90/85	7.00/96	7.10/07	7.19/15	7.33/27
Heutiger Schluß	6.55/—	6.76/71	6.87/82	6.97/93	7.07/05	7.20/18
Abrechnungspreise 13 Uhr	6.60	6.73	6.84	6.92	7.02	7.18

New York

Loko: 5.95 cents (vorige Notierung 6.00 cents)

Termin:	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.
Voriger Schluß	5.84	5.85	5.95/97	6.02/04	6.11/13	6.29
Eröffnung	5.92	5.94/95	6.03	6.11/12	6.19/20	—
11.45 Uhr	5.84	5.84/85	5.94/96	6.04/05	6.14	6.30/31
Heutiger Schluß	5.81	5.82/84	5.93/94	6.02/04	6.12/13	6.28

Liverpool

Loko: 5.38 pence (vorige Notierung 5.35 pence)

Termin:	Dez.	Jan.	März	Mai	Juli	Okt.
Voriger Schluß	5.10	5.12	5.13	5.14	5.15	5.11
Heutiger Schluß	5.03	5.06	5.08	5.10	5.11	5.13

Bremer Privatbericht

Vormittag: Der Markt eröffnete heute unter dem Einfluß von Kabelmeldungen aus Amerika über zunehmende Deckungskäufe befestigt 17 bis 19 Punkte höher. Die Kauflust war anfänglich recht gut, ließ im Laufe des Vormittags aber wieder merklich nach, so daß die Kurse schließlich erneut langsam abzuliegen anfielen. Der Markt schloß um 13 Uhr stetig 2 bis 5 Punkte unter den Eröffnungsnotierungen.

Nachmittag: Der heutige Nachmittagsverkehr eröffnete infolge der höheren Kursummeldungen aus New York und der Besserung des englischen Pfundes befestigt 11 bis 16 Punkte höher. Auf dieser Preissteigerung kam jedoch ein starkes Angebot heraus, so daß die Kurse im weiteren Verlauf den anfänglichen Gewinn fast ganz wieder verloren. Der Markt schloß ruhig stetig 9 bis 14 Punkte unter den Nachmittagsöffnungsnotierungen.

Newyorker Privatbericht

Der Markt eröffnete fest, Fixerdeckungen infolge günstiger Kabelnachrichten. Steigerung des Sterling. Bessere Stimmung mit Bezug auf Kriegsschuldendange. Später rückgängig infolge Zunahme der Verkäufe des Südens. Baisse-

Die Devisenkontingente für Importeure im Jahre 1933

Vor einigen Tagen hat der Reichswirtschaftsminister den Devisenbewirtschaftungsstellen die erforderlichen Anweisungen für die Devisenkontingente für das erste Halbjahr 1933 zugehen lassen. Die Anweisungen bringen insofern eine Neuerung, als das Devisenkontingent künftig nicht mehr für ein Viertel sondern für ein halbes Jahr festgesetzt werden soll. Bei der Berechnung der Kontingente soll ausgegangen werden von den in den letzten zwölf Monaten vor Eintritt der Devisenbewirtschaftung, also dem Zeitraum vom 1. Juli 1930 bis 30. Juni 1931, für unmittelbare Wareneinfuhr geleistete Auslandszahlungen, abzusetzen von der so errechneten Summe sind diejenigen Zahlungen, die auf Grund besonderer Genehmigungen geleistet werden. In der Regel wird ein Zwölftel der gesamten so festgestellten Zahlungen im Vergleichsjahr als Ausgangszahl ermittelt, doch kann saisonmäßigen Unterschieden im Zahlungsbefehl durch eine verschiedene Feststellung der einzelnen Monatsbeträge Rechnung getragen werden. Von der monatlichen Ausgangszahl ist als Minderungsfaktor ein Anteil abzusetzen, der den mengen- und preismäßigen Einfuhrückgang seit der Vergleichszeit entspricht. In diesem Minderungsfaktor finden auch etwaige Preissteigerungen, die für einzelne Warengruppen in den letzten Monaten eingetreten sind, ihre Berücksichtigung. Für die verschiedenen Warengruppen werden die Handelskammern unter Berücksichtigung der in zwischen eingetretenen wert- und mengenmäßigen Einfuhrverschiebungen den Minderungsfaktor zu ermitteln haben. Auf diese Weise errechnet sich der Grundbetrag, der zunächst für die Monate Januar bis Juni 1933 festgesetzt wird. Von diesen sind die vom Reichswirtschaftsminister für jeden Monat angeordneten Kürzungen in Abzug zu bringen. Ueber die so gebildeten gekürzten Höchstbeträge darf zu Auslandszahlungen verfügt werden. Der monatliche Kürzungssatz wird künftig spätestens am 15. jedes Monats für den nächsten Monat festgesetzt und im Deutschen Reichsanzeiger veröffentlicht werden.

Keine Hoffnungen auf Wirtschaftsbelebung

(Bericht unserer Berliner Schriftleitung)
Eine Berliner Terrain-Gesellschaft führt in ihrem Geschäftsbericht u. a. folgendes aus: „Die letzten Maßnahmen der Reichsregierung haben zu einer gewissen Wirtschaftsbelebung geführt. Indessen dürfte der Rückgang von Bauaufträgen für das Hochbaugewerbe mangels geeigneter Finanzierungsmöglichkeiten auch für die nächste Zukunft anhalten. Mit einer wesentlichen Besserung auf dem Gebiet der Wohnungsbautätigkeit ist somit nicht zu rechnen.“ Wir haben dem nichts hinzuzufügen.

Bau großer englischer Stahlwerke

Die englische Stahlfirma Stewarts and Lloyds hat beschlossen, sofort mit dem Bau von großen Stahlwerken in Corby (Northamptonshire) zu beginnen, um die dortigen Eisenerzvorkommen, deren Umfang auf rund 500 Millionen Tonnen geschätzt wird, auszunutzen und zur Herstellung von Bessemerstahl zu benutzen.

Aufhebung des Exekutivrechts

Das bei der Börsen-Wiedereröffnung am 18. Februar d. J. festgesetzte Verbot des Zwangsverkaufes verpfändeter Wertpapiere aus freier Hand zum laufenden Preise wird, nach einer Mitteilung des Berliner Börsenvorstandes, nunmehr aufgehoben.

Bevorstehende Neuordnung der französischen Kohlenkontingentierung

Den Wünschen des französischen Kohlenhandels zufolge wird, laut DHD, die französische Regierung eine Neuordnung in der Kontingentierungsfrage für Kohlen dargestellt vorsehen, daß das Kontingent nach Hausbrandkohlen und anderen Sorten getrennt wird, diese werden künftig verschiedene Quoten erhalten, die mit variablen Einfuhrtaxen belegt werden sollen. Im Notfall soll das Hausbrandkohlen-Kontingent auf Kosten des Industrie-Kohlen-Kontingents herabgesetzt werden.

Aus der Großeisenindustrie

Nach dem Bericht des Zweckverbandes der nordwestdeutschen Handelskammern kann man aus der Tatsache, daß der saisonmäßige Rückgang der Beschäftigung in der Großeisenindustrie ausgiebig ist, eine, wenn auch nur geringe, Besserung erblicken. Im Auslands-geschäft wirkte sich die Verringerung der Spanne zwischen englischen Inlandspreisen und den Preisen der kontinentalen Werke freier englischer Verbraucherstelle beunruhigend aus. Auch mit Abschlüssen nach den Vereinigten Staaten wurde zurückgehalten. Der englische und italienische Wettbewerb in Südamerika war nach wie vor stark fühlbar.

Keine Belebung auf dem Roheisenmarkt

(Bericht unserer Berliner Schriftleitung)
Der Roheisen-Verband in Düsseldorf berichtet, daß sich das Geschäft auf dem Inlandsmarkt auch im November nicht belebt hat. Auch das Auslandsgeschäft war unverändert schlecht.

Deutsches Interesse am holländischen Bergbau

Der Essener Korrespondent des DHD. konnte vor einigen Tagen über Verhandlungen mit der Steenkolen-Handelsvereinigung Utrecht berichten, die das Ziel hatten, die im Besitz des Wendel-Konzerns befindliche Oranje-Nassau-Mijnen in Limburg zu verkaufen. Die Direktion der Oranje-Nassau-Mijnen teilt nunmehr mit, daß die Steenkolen-Handelsvereinigung zu Utrecht in der Tat entsprechende Vorschläge gemacht habe. Die darauf mit dem Konzern der Wendel eingeleiteten Verhandlungen hätten jedoch nicht zur Uebereinstimmung geführt.

Austritt aus Konsumvereinen erschwert

In der Vertreterversammlung des Konsumvereins „Vorwärts“, Dresden, wurde mitgeteilt, daß man sich an die Preußenkasse um Hilfe gewandt hat die bereits eine halbe Million als Darlehen gewährt (Also für morsche pleitearrichtige Unternehmen gibt es noch Geld genug) — und eine weitere halbe Million zugesagt hat. Gleichzeitig wurde beschlossen, daß die Kündigung der Mitgliedschaft nur zum Schlusse eines Betriebsjahres zulässig sei und zwei Jahre vorher erfolgen müsse.

Ämtliche Devisen-Kurse vom 30. November Ohne Gewähr

	Geld	Brief
Buenos-Aires	0,863	0,867
Canada	3,536	3,544
Istanbul	2,008	2,012
Japan	0,839	0,841
London	13,73	13,77
New-York	13,35	13,39
Rio de Janeiro	4,209	4,217
Uruguay	0,294	0,296
Amsterdam	1,698	1,702
Athen	169,33	169,67
Brüssel	2,498	2,502
Bukarest	58,27	58,30
Budapest	2,517	2,523
Danzig	81,84	82,00
Helsingfors	5,914	5,926
Italien	21,46	21,50
Jugoslawien	5,634	5,646
Kaunas (Kowno)	41,88	41,96
Kopenhagen	69,53	69,67
Lissabon/Oporto	12,76	12,80
Paris	69,03	69,17
Prag	16,46	16,50
Reykjavik	12,465	12,485
Riga	60,44	60,56
Rom	79,72	79,88
Schwiz	80,92	81,08
Sofia	3,057	3,063
Spanien	34,42	34,48
Stockholm	73,08	73,22
Tallin/Reval	110,59	110,81
Wien	51,95	52,05

Londoner Goldpreis.

Berlin. Der Londoner Goldpreis betrug am 30. Novemb. in deutsche Währung umgerechnet für eine Unze Feingold 87,3507 RM, für ein Gramm 2,80339 RM.

Berliner Produktenbericht

Die erhöhten Kurse im Berliner Getreidegeschäft wurden heute vielfach von der ersten Hand zu Verkäufen benutzt. Ein weiteres veräußerndes Moment bildeten die großen Andienungen besonders in Roggen, die die DGH, zu einer teilweisen Aufgabe ihrer Interventionstaktik im handelsrechtlichen Lieferungs-markt veranlaßte. Da auch die Mühlen infolge des anhaltend schlechten Mehlgeschäftes mit ihren Einkäufen vorsichtig sein müssen, und sich die Unternehmungslust der Händlerkreise angesichts der immer noch unklaren innerpolitischen Verhältnisse nur auf kleinste Schlüsse erstreckte, so haben die Notierungen ungefähr um 1 bis 2 RM. nach. Export fehlt weiter. Weizen- und Roggenmehle sind wieder zu unveränderten Preisen offeriert. Geschäft kommt nicht zustande, selbst das übliche Entgegenkommen der Müller schafft keine Anregung. Hafer ruhiger. Auf Vortagsbasis sind Abgeber im Markt, Gebote aber niedriger. Gerste sehr still.

Getreide

Tendenz unverändert ruhig. Es wurde notiert (Frachgrundlage, Bremen in RM. p. Ztr.): Weizen 76 kg 10.—; Roggen 72-73 kg 8.—; Inlands-Auslandgerste 9.30; Plata u. Donau-Galox Mais 9.05; Milo corn 7.85; Paddy 5.85; Hafer 7.25; Eosinroegen 6.85.

Erwerbsgesellschaften

Maschinenfabrik Augsburg-Nürnberg AG.
Zum 30. Juni 1932 wird ein Geschäftsgewinn von 9.03 gegen 10.73 Mill. RM. ausgewiesen. Nach Abzug von Steuern, Zinsen, Soziallasten sowie 0.72 gegen 1.36 Mill. RM. Abschreibungen und einmaligen Währungsverlusten von 2.56 Mill. RM. vermindert sich der Gewinnvortrag von 1.20 Mill. RM. auf 25.000 RM. Der Bericht betont, daß das Bestehen der Gesellschaft ohne Exportgeschäft undenkbar sei. Der Binnenmarkt allein könne das für den technischen Fortschritt unentbehrliche weite Betätigungsfeld nicht bieten, so daß die Wiederherstellung des freien Wirtschafts- und Geldverkehrs zu fordern sei. Da die Reichsregierung jetzt Wege zur Besserung der Lage einschlage, sei zu erwarten, daß dann in absehbarer Zeit ein Erfolg erzielt werde. Im Berichtsjahr sank der Auftragseingang um ein Drittel gegenüber dem Vorjahre, so daß die Belegschaft von 11.400 auf 7.400 Mann vermindert werden mußte.

Münchener Lichtspielkunst AG.

Auf Veranlassung der Handelskammer hat die Emelka ihren Vergleichsvorschlag dem Amtsgericht in abgeänderter Form eingereicht. Für den zur Befriedigung der Kleingläubiger dienenden Betrag ist von der durch die Gruppe Kraus gegründeten Bavaria-Film AG. München Bürgschaft übernommen worden. Die erste Rate von 10 Prozent soll den Kleingläubigern Anfang Januar gezahlt werden. Weitere 5prozentige Teilraten sollen nunmehr mit halbjährigen Zwischenristen zur Ausschüttung kommen. Die Verhandlungen über die Neufundierung der Emelka werden weitergeführt.

Polnische Einkreisungspolitik im Osten

Unverantwortliche Passivität der deutschen Politik

Die polnische Ostpolitik hat in letzter Zeit eine auffällige Aktivität entfaltet, die sich hauptsächlich in einer außerordentlichen Steigerung der Propaganda in Litauen und den übrigen Nachbarstaaten äußert. Polen verfolgt dabei in erster Linie das Ziel, Litauen in die Front gegen Deutschland einzuziehen, um so den Ring gegen das Reich im Osten vollständig zu schließen. Ob Polen diesmal mehr Glück haben wird, als bei seinen früheren vergeblichen Versuchen, einen baltischen Block unter polnischer Führung aufzubauen zu bringen, sei dahingestellt. Zumindest aber wird man in Deutschland diesen Bemühungen, die im Hinblick auf die bevorstehende Ratifikation des russisch-polnischen Nichtangriffspaktes in besonderen Licht erscheinen, nicht gleichgültig zusehen dürfen. Umso weniger, als die polnische Propaganda in Litauen einen nicht ungenüßigen Boden vorfindet.

Das Verhältnis zwischen Deutschland und Litauen ist seit dem Memelfreistädte-Jahres ziemlich gespannt. Hinzu kommt, daß das Urteil des Saager Gerichts, das nicht ohne Mißbilligung Polens und seines großen Bundesgenossen Frankreich zustande gekommen ist, die litauische Regierung zu neuen Übergriffen gegen das Memeldeutschum nur noch ermuntert hat. In wirtschaftlicher Hinsicht ist der Handel zwischen Litauen und Deutschland in letzter Zeit durch Einfuhrerleichterungen immer mehr zurückgegangen. Beunruhigt hat Litauen sich zum deutschen Markt abgewandt, um für seine landwirtschaftlichen Erzeugnisse neue Absatzgebiete in England, Belgien, Frankreich und anderen Ländern zu suchen.

Diese Bemühungen sind im Augenblick nicht ohne Erfolg, so daß kürzlich die litauische Presse mit Befriedigung feststellen konnte, daß im laufenden Jahre zum ersten Male die litauische Ausfuhr nach England größer sei als nach Deutschland. Aus dieser Sachlage leitet die litauische Regierung das Recht ab, die Einfuhr aus Deutschland nach Möglichkeit ganz abzusperren. In gereimten Schlagworten wird die Bevölkerung aufgefordert, nur englische Waren und keine deutschen Erzeugnisse mehr zu kaufen. Staatsaufträge werden an deutsche Firmen, auch wenn sie besser und billiger liefern, grundsätzlich nicht erteilt. Alles was deutsch ist, wird bekämpft und verboten. So darf jetzt beispielsweise nicht einmal mehr der Religionsunterricht an die Kinder der Angehörigen der deutschen Minderheit in deutscher Sprache erteilt werden.

Bei dieser Ohnmacht schon deutschfeindlichen Einstellung Litauens ist es kein Wunder, wenn Polen die Gelegenheit wahrnimmt, um die Gegenseite möglichst noch zu vertiefen und für eine polnisch-litauische Verständigung zu werden. So gaukelt die pol-

nische Presse den Litauern vor, daß der Memeler Hafen bei einem polnisch-litauischen Zusammengehen zu ungehörter Blüte gebracht werden könnte. Man versucht, Litauen zu überreden, den Widerstand gegen die Wiederaufnahme der Beziehungen zu Polen aufzugeben und in eine Einigung über die Wilna-Frage einzuwilligen.

In Kowno ist es ein offenes Geheimnis, daß Polen bei seinen Einfreisungsmaßnahmen tatkräftig von Frankreich unterstützt wird. In unterrichteten Kreisen erzählt man sich sogar, daß Frankreich in Kowno den Betrag von 10 Millionen Franken zur Finanzierung des litauisch-polnischen Verständigungsgeschäfts bereit hält.

Bezeichnend ist es, daß die deutsche Regierung bis zur Stunde noch nichts gegen diese polnischen Machenschaften unternommen hat. Es wäre ein leichtes, Litauen klar zu legen, daß es bei einem Eingehen auf die polnischen Wünsche zunächst seine eigene Selbständigkeit verlieren würde und daß bei einer Fortsetzung des Wirtschaft-

sbonds gegen Deutschland schwere wirtschaftliche Rückschläge eintreten müßten. Darüber hinaus hätte der deutsche Staat auch noch genügend andere politische Nachmittel zur Verfügung, um die deutschen Interessen gegenüber dem litauischen Staat wirksam zu verteidigen. Die deutsche Politik hat sich gerade in dem besonders gefährdeten Osten durch eine unverantwortliche Passivität ausgezeichnet. Der deutsche Gesandte in Kowno, Morath, befindet sich schon seit zwei Monaten in Urlaub und sein Nachfolger — man sprach von dem Rentier-Generalratul Rehm — ist noch immer nicht ernannt (!).

Wenn die dadurch ermöglichte Entwicklung noch einige Zeit anhält, so ist damit zu rechnen, daß sich Deutschland eines Tages im Osten einem geschlossenen baltischen Block unter der Führung Polens gegenübersehen würde. Die Einfreisung Deutschlands ist heute schon hundertprozentig, sie würde im Osten dann nur noch zu einer äußerst bedrohlichen Lage führen.

Neue Bedrohungen Danzigs?

Die Genehmigung des am Sonnabend zwischen Danzig und Polen abgeschlossenen Abkommens durch den Reichspräsidenten, in dem sich die polnische Regierung unter anderem zur Zurückziehung der Stützpunkt-Drohung verpflichtet, bedeutet für Danzig einen starken moralischen und tatsächlichen Erfolg. Auch die Verlängerung des Mandats des amtierenden Völkerbundskommissars Hofling muß als ein Erfolg Danzigs gesehen werden, da die Vereinbarung mit Polen nicht zuletzt Herrn Hofling ausgeschrieben ist. Wie in Erfahrung gebracht wurde, soll der polnische Widerstand gegen die englischen Vermittlungsbemühungen zuerst sehr stark gewesen sein und es soll auch ein Verdienst Hoflings sein, daß dieser Widerstand schließlich überwunden werden konnte. Danzig hat damit zweifellos einen Teilerfolg errungen. Es ist zunächst einmal von der Bedrohung befreit worden. Wie in der von Polen ultimativ angekündigten Einfreisung der Stützpunkt-Währung auf den Danziger Gesandten lag.

Nach der bisherigen Haltung Polens kann jedoch kein Zweifel daran sein, daß dieser angebliche Waffenstillstand nur ein faßliches Trübspiel ist. Es ist keineswegs so, daß etwa Polen auf seine Forderungen grundsätzlich verzichtet hätte. Darüber macht man sich auch in Danzig keinerlei Illusionen. Polen ist ganz zweifellos nach wie vor bestrebt, seine Expansionspolitik auch nach Danzig hin mit aller Machtmittellosigkeit weiterzuführen. Wenn jetzt

durch ein vernünftiges Abkommen ein geplanter polnischer Willkürakt — der wozu? — für den Augenblick verhindert werden konnte, so ist es doch klar, daß Polen nur Zeit gewinnen will, um eine neue Aktion um so gründlicher vorzubereiten.

Im Mittelpunkt der Schwierigkeiten, denen Danzig zu begegnen hat, steht noch immer die Währungs-Frage. In dem Genset-Abkommen hat Polen ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es sich das Recht vorbehalte, die Frage der Vereinfachung der Währung in dem Augenblicke wieder aufzurollen, in dem

es für Polen am besten und am zweckmäßigsten erscheine. Man wird also in Danzig damit rechnen müssen, daß Polen bei der nächsten günstigen Gelegenheit den erneuten Versuch unternehmen wird, seinen Standpunkt, von dem es jetzt notgedrungen abwichen mußte, durchzubrühen. Außerdem wäre es an der Zeit, daß Deutschland rechtzeitig die Sicherungsmaßnahmen trifft, die Danzig den notwendigen Schutz gebühren und die eine polnische Überumpelung von vornherein ausschließen.

Weber der Frage der Währungs-Vereinheitlichung, die ausschließlich mit der polnischen Expansions-Politik in Zusammenhang gebracht werden kann, hat Polen jetzt schon vorzeitig andere Notwendigkeiten geschaffen. Polen hat noch vor kurzem angekündigt, daß eine Erweiterung der Rechte der polnischen Staatsbürger in Danzig „notwendig“ sei. Da es Danzig selbstverständlich unmöglich ist, diese Erweiterung so vorzunehmen, daß etwa generell die wenigen polnischen Staatsbürger in Danzig mit den Danziger Staatsbürgern gleichgestellt werden, hat Polen seine Forderungen vorzüglich darauf beschränkt, zunächst kleinere Teilgruppen nenne zu erreichen. So verlangt Polen z. B., daß die Zeugnisse der Danziger Schulen denen der polnischen Schulen gleichgestellt werden sollen. Dann vor allem soll eine Milderung der Bestimmungen für die Einbürgerung polnischer Staatsbürger in Danzig erreicht werden. Außerdem eine besondere Genehmigung des Danziger Senats zur Aufnahme polnischer Rechtsanwält, Ärzte, Künstler und allgemein der freien Berufe. All diese Forderungen zeigen nur die eine Tendenz, sich nach und nach einen immer stärkeren Einfluß zu sichern.

Wenn Polen im Augenblick von seinen kulturellen Forderungen abgesehen ist, und eine etwas vorläufige politische Linie Danzig gegenüber einhält, so kann das nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich nur die Methoden geändert haben und daß das Ziel Polens nach wie vor unverändert besteht. Polens Expansionsdrang ist auf die deutschen Grenzen gerichtet! Danzig wird auf der Hut sein müssen und noch viel mehr wird es Pflicht des Reiches sein, durch eine entsprechende deutsche Ost-Politik die Sicherungen zu schaffen, die jeden Versuch der östlichen Teufanten unseres westlichen Nachbarn, deutsche Gebiete und deutsches Recht anzutasten, von vornherein zum Scheitern verurteilen!

Die Südtiroler Frage

Anlaßlich des Vorfalles, der sich im Anschluß an einen die deutsche Freiheitsbewegung verdrängenden und herabziehenden Vortrag des Innsbrücker Privatdozenten Dr. Meit-Nicolosi an der Innsbrücker Universität abspielte, beginnt die sogenannte „Südtiroler Frage“ wieder in Kreisen, die dem Zentrum und dem demokratischen Liberalismus nahe stehen, zu kochen. Dieser die „Südtiroler Frage“ an sich braucht von unserer Seite wohl nichts mehr gesagt zu werden. Adolf Hitler erklärte im ersten Punkte seines Programms: „Wir fordern den Zusammenschluß aller Deutschen auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker zu einem großen Deutschland.“ Südtirol ist nicht der einzige deutsche Boden, der heute staatspolitisch nicht zum Deutschen Reich gehört, der uns durch die Friedensdiktate nach dem Weltkrieg entzogen worden ist. Die Südtiroler Frage gerade heute in den Vordergrund zu stellen, ihre Lösung vor allem anderen sehr zu verlangen, ist Italien im Spiel der europäischen Kräfte unsere Fremdschmerz sucht, die einzigen Staat ist, der sich in außenpolitisch schmerzlicher Weise um uns bekümmert, wäre selbstverständlich ein Mussolini. Die Südtiroler Frage immer wieder aufzuwickeln, daran können nur jene Leute ein Interesse haben, denen an der Wiederanknüpfung und Erklärung des Deutschen Reiches verfaßt wenig liegt, oder die aus parteipolitischen Gründen, vielleicht gar im Auftrag verborgener internationaler Gruppen, den Faschismus bekämpfen. Der Faschismus hat in Italien den Marxismus und die parteipolitische Organisation der Popolari, die ungefähr dem Zentrum bei uns entspricht, gebrochen, ja man kann wohl sagen, nahezu vernichtet. Es ist einleuchtend, daß diese beiden internationalen Kräfte das tiefste Interesse daran haben müssen, dem Faschismus vor dem Weltforum immer wieder Schwierigkeiten zu bereiten und hierzu ist ihnen die „Südtiroler Frage“ also das stille Leid von Hunderttausenden deutscher Volksgenossen um die verlorenen Mutterland gerade gut genug. Bewegungen und Überzeugungen, die sonst für nationale Ideenwege sehr wenig übrig haben, fühlen sich jetzt plötzlich berufen, nationale Wahn und Streiktrübe zu sein. So wird mit heiligen Gefühlen schimmer politischer Schacher betrieben.

Dr. Meit-Nicolosi, der in Innsbruck als deutscher Universitätslehrer wegen Südtiroler Schwierigkeiten und niederträchtigen Anwürfen gegen die deutsche Freiheitsbewegung Adolf Hitlers erjagte hat, bekam von den deutschen Studenten Innsbrucks die gebührende Antwort, indem

er seine weitere Vorkommensfähigkeit unmöglich machte. Meit-Nicolosi ist Schriftsteller aus dem auch im Rheinland bekannten Zeitschriften-Verlag in Koblenz und mit jenen internationalen Kreisen in enger Fühlung, deren Expansions im alten Italien die Popolari waren. Meit-Nicolosi ist Parteigänger der österreichischen Christlichsozialen, die dem Staat, der ihre Bruderpartei vernichtet hat, ebenso wie die Marxisten ewige Feindschaft geschworen haben. Es war dies gerade für die Christlichsozialen nichts Schöneres, da sie als Reaktionäre und faulere Partei wegen der Annexion des Reichstaates schon vor dem Krieg mit den italienischen Faschisten und seinem Königsheute auf dem Kriegsschiff lebten. Das österreichische Kaiserhaus hat ja aus die Einfreisung Italien gegenüber nie ein Wort gemacht. Nicht zuletzt war dies mit ein Grund für die Unmöglichkeit der Italiener gegen Österreich, aus der dann im Jahre 1915 die italienische Kriegserklärung erwuchs, der wir den Verlust Südtirols beim Friedensschluß verdanken. Dadurch, daß man diese Unmöglichkeit weiter führt, macht man aber den früher begangenen Fehler nicht gut. Deutschland und Italien sind allein schon durch die geographischen Verhältnisse auf Freundschaft zueinander angebunden. Wenn sich einmal diese Erkenntnis überall mit entsprechender Stärke durchgesetzt haben wird, dann wird auch ein Weg gefunden werden, auf dem sich die beiden Länder über das deutsche Südtirol einigen können, und zwar in einem Sinne einigen, der dem großdeutschen Programm Adolf Hitlers entspricht.

Der Feind im Osten

Erstbender daß des Volentums schließt uns von der Offiziere her entgegen. In der Kreisstadt Schwyz a. d. S. wurde ein Zeugenstand aufgestellt, das als Zeitschrift folgendes Wort trug: „Lieber sterben, als durch deutsche Hölle leben; lieber ein glühendes Eisen, als eines Deutschen Hand drücken. Lieber verurteilen, als einen Schuld Waffer von ihm nehmen. Und fliehen ihn wie die Pest.“ Dieser Zeitschrift vor öffentlich angehängt! — Die Kinder lernen in öffentlichen, deutschsprachigen staatlichen Volksschulen folgendes Lied auswendig:

Der Deutsche quält die polnischen Kinder. „Dort an der Weichsel, dort an der Warthe, tönen die Stimmen, die Erde beb't. Soll er quälen, soll er martern, Gott wird über Polen sich erheben.“ — Mit Verlaute: Ist das weniger ein „Quälen und Martern“, wenn man deutsche Kinder zwingt, solche verlogenen polnischen Begebenheiten auswendig zu lernen?

Ein neues, deutsches Recht!

Reichstagung des Bundes nationalsozialistischer Juristen

Sonnabend und Sonntag fand in Leipzig die dritte Reichstagung des Bundes nationalsozialistischer Juristen statt. Die Tagung wies einen überaus starken Besuch auf. Die österreichische Nationalsozialistische Arbeiterpartei hatte ebenfalls, ebenso wie die Danziger Nationalsozialistischen Vertreter zu der Tagung entsandt. Auf der großen Tagung vergangenem Sonntag sprach als erster Redner Dr. Meier, München. Seine Ausführungen gliederten in der Schlussfolgerung, daß das Stadium der Entwicklung, in dem sich die Gesellschaftsordnung befindet, eine Erhebung des materiellistischen römischen Rechtes durch ein deutsches Recht zu einer Lebensfrage des Volkes mache.

Nach dem Redner des Dr. Meier, München, erhielt Dr. Frank II, München, das Wort. Er ging davon aus, daß das deutsche Recht heute von einer ungeheuren Gefahr bedroht sei. Die Entwicklung des Rechtes habe sich in seiner Weise der Entwicklung der Lebensgrundlagen des Volkes angepaßt. Hinzu sei noch gekommen, daß das deutsche Recht besonders im letzten Jahrzehnt zu einem politischem Machtmittel der jeweils herrschenden Gruppe geworden sei. Ein veralteter Zustand müsse in seiner Entwicklung zur Auflösung des Rechtszustandes überbaut führen. Die Aufgabe des deutschen Juristen sei es, das Recht zu überwachen und ein neues deutsches Recht zu erlangen. Das deutsche Volk befinde sich in einem neuen Ringen der höchsten Entwertung. Deutschland sei heute tatsächlich auf allen Gebieten am Ende. Der Nationalsozialismus sei die große Erneuerungsbewegung und der einzige Garant für die Weiterexistenz der deutschen Nation überhaupt. Adolf Hitler sei der Gewinner der Auseinandersetzung mit dem derzeitigen

Reichspräsidenten. Adolf Hitler sei einzig und allein seiner Bewegung und dem Volke gegenüber verantwortlich. Für die Zukunft gelte, daß der Führer der nationalsozialistischen Bewegung sich nur solange an den von ihm geschworenen Eid der Legalität halten könne, als diese Legalität auch auf der anderen Seite die Grundlage jedes Handelns sei.

Im Anschluß an das Referat des Dr. Frank II, München, übermittelte das Dr. Dr. Bernwieser, Wien, die Grüße der österreichischen Nationalsozialisten. Dr. Bernwieser sagte hinzu, daß es sich nicht um einen Gruß von Staat zu Staat, sondern um einen Gruß von Volk zu Volk handele. Nicht nur in Österreich, sondern auch in der Tschechoslowakei warteten Tausende von Deutschen auf die Vereinigung mit dem deutschen Mutterland. Die Wirtel der Entscheidung könnten jedoch nur in Deutschland selbst fallen.

Dr. Dr. Billers, Danzig, der die Grüße der Danziger Nationalsozialisten übermittelte, wies darauf hin, daß der Nationalsozialismus auch in Danzig die letzte Hoffnung auf die Freiheit sei.

Als letzter Redner sprach dann der bekannte Rechtsanwält Dr. Dr. Freisler, Kassel. In einem tiefgehenden Referat führte er aus, daß in Zeiten der Not das Recht des Volkes höher stehen müsse, als die Norm geschriebener Paragraphen. Es gebe keine Objektivität im juristischen Sinne gegen die Lebensbedürfnisse des deutschen Volkes. Der Richter müsse sich auch in der Entwicklung des lebendigen Volkswillens und des Volksempfindens befinden können. Das Recht auf Arbeit, Freiheit und Leben stehe aber auf den Schulden der Partei, die auch den Kampf um das deutsche Recht aufgenommen habe.

Hanseatischer Kaufmann und Bauer

Von Dipl. Landwirt Paul Pannenberg

Ein bürgerlicher Politiker äußerte in einer gratis verteilten Broschüre, in der diesen Herren Agenden überlegenem Eprechweise zu den Notmaßnahmen, die von der Landwirtschaft gefordert werden, daß man den Hanseaten in wirtschaftspolitischen Dingen (Abwehr von Kartellbestrebungen) aus dem Reiche heraus keine Vorschriften machen dürfe. Die „Provinz“ verstände nichts von dem Witten des hanseatischen Kaufmannes.

Diese Auffassung, die leider nicht etwa nur veraltet vorhanden ist, könnte man vielleicht begreifen, wenn sie von dem Leitgedanken getragen wäre, daß jeder nur die Dinge verwalteten soll, von denen er etwas versteht, so vielleicht, wie man die Mahnung erteilt: „Schüler, bleibe bei deinem Fache!“ In einem gesunden Staat, mit gesundem Geist regiert, soll es nicht nur eine Mahnung, sondern sogar ein Grundgesetz sein. In dem angelegenen Falle steht aber eine Geistesverwirrung dahinter, die nur dadurch ihre Erklärung finden kann, daß die latente soziale Schrupfung von Handel und Verkehr die betroffenen Kreise in ihrem Denken und Wollen völlig gefangen hält und eine Schrupfung des geistigen Horizontes in Begleitung hat, die von dem gesellschaftlich gewordenen Bewußtsein des hanseatischen Kaufmannes kaum noch etwas ahnen läßt. Der Irrgehalt liberalistischer Denksucht zeigt dem verzeihlich Umherirrenden nur trügerische Auswege aus der Krise, die sich alsbald unumkehrbar als katastrophale Selbstvernichtung erweisen.

Handel als Selbstzweck ist undenkbar, denn er ist eine Erfindung des menschlichen Geistes als Hilfsmittel zur Befriedigung von Bedarf. Kennzeichnend ist aber für den gemäßigten Handel, von dem der Kaufmann und die Handelsstadt lebt, daß nicht der eigene Bedarf allein, sondern, und darin liegt ja gerade der Reiz, der Bedarf anderer Städte, Handwerker, Landwirtschaft, Industrie, gedeckt wird. Diese wohnen dort hinten in dem geringfügig als Provinz bezeichneten Lande, dessen Stimme man nicht hören möchte.

So klar treten aber die engen Lebensbedingungen des Kaufmannes der Handelsstadt zur „Provinz“, dem Hinterland, heraus, daß das Schicksal des Hinterlandes unvermeidbar zum Schicksal der Handelsstadt werden muß, durch deren Kanäle, Epochen und Schiffe die Beziehungen mit anderen Ländern vermittelt werden.

Die wirtschaftliche Stärke des Hinterlandes, also Deutschland, liegt in dem Grad seines Wohlstandes. Eine Bevölkerung, die in fleißiger Arbeit sich um die äußerste Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Bodenschätze bemüht, durch angemessene Leistungsfähigkeit Werte schafft und dadurch allein dem Fortschritt dienen kann, ist ein Abgabegeld von unerschöpflicher Aufnahmefähigkeit und ein Referatort konfusenstärkster Handelswaren. Was soll aber eine Handelsstadt in einem Deutschland mit 7 Millionen erwerbsfähigen Industriearbeitern, 14 Millionen Bauern, die aus dem Erlös ihrer Ernte nicht einmal mehr das Saatgut, den Dünger, die Hilfsstoffe und Hilfsmittel für die neue Bevölkerung beschaffen können, und mit dem übrigen, durch Kurzarbeit, Lohnsenkung und Steuern ausgelöschten Volk, was will die Handelsstadt auf diesem Markte für Geschäfte machen?

Das Tor ist offen! Doch im Tor steht sich der Strom der Waren. 7 Millionen erwerbsfähige Industriearbeiter, 14 Millionen Bauern, sie können nichts mehr kaufen! Das geht Dich an, Bremer Kaufmann, denn ihre Erzeugnisse ist die Deine. Hier treffen sich Deine und des Bauern Interessen, sein Notruf kündigt auch Deine Not.

Wir wissen, daß, wenn man deutsche Verhältnisse als Maßstab ansetzt, ein Bauer zwei Personen der Stadtbevölkerung (Kaufleute, Handwerker, in der Industrie Tätige, freie Berufe und Beamte), die Existenzgrundlage, nämlich Essen und Trinken, schafft. Die wirtschaftlichen Verhältnisse der Drei, im Bewußtsein bestimmt durch den Austausch der Produkte ihrer Arbeit untereinander, sind normalerweise so, daß jeder seine auskömmliche Entlohnung bekommt. Eine Senkung dieses Gleichgewichtes, durch die das Einkommen des einen geringer wird, muß zwangsläufig dazu führen, daß die beiden anderen im Lebensverkehre von ihm weniger erhalten bzw. weniger verdienen können und ihre eigene Wirtschaftslage sich daher dem sinkenden Niveau des ersten anpassen wird.

So haben wir es in Deutschland erlebt, und daß es so kam, ist nicht zuletzt eine schwere Anklage gegen die Handelsstadt, die der Weltblick des hanseatischen Kaufmannes doch wohl schon lange nicht mehr leitet.

Die Einfuhr billiger Lebensmittel ist gewiß eine lohnende Verdienstmöglichkeit für die Handelsstadt. Größer als der Verdienst aber ist der Schaden, der sich in seiner ganzen katastrophalen Wucht nunmehr auswirkt.

Das wirtschaftliche Gleichgewicht zwischen Bauer und Stadtvolk wurde durch die fast ungemessene Lebensmittelfuhr der Nachkriegszeit gestört; was oben geschildert ist, trat ein. Die billigen ausländischen Lebensmittel drücken auf die Agrarpreise, die Einnahme des Bauern sinkt zurück;

was er von Handwerk und Industrie kaufen konnte, wurde daher immer weniger. Beschäftigungslosigkeit in der Stadt war die Folge. Die Stadt, vor die Aufgabe gestellt, ihre Erwerbslosen zu ernähren, schlug die Lasten dafür auf die Industriematerialpreise und machte sich Luft in ihrer trotzdem rückläufigen Kaufkraft durch Senkung der Lebensmittel-Erzeugerpreise, die sie mit Hilfe der Funktion der Börse erzwingt. Dieses Spiel wiederholte sich wie eine Schraube ohne Ende. Das gestörte Gleichgewicht wurde damit zwar nicht wieder hergestellt, aber das murrende Volk wurde über die wachsende Not hinweggetäuscht und die Preise des „Handlers“, das hielt man wohl für das Wichtigste, wurden möglichst wenig gestört. Verfügt über wurde die Möglichkeit eines dauernden gesunden Abzuges. Man darf nicht nur jene 7 Millionen Erwerbslose zählen, welche die Wirtschaft durch soziale Schmelzmaßnahmen zu verbauen sich quält, sondern neben ihnen stehen die

unabhängigen Kurzarbeiter und sonstigen Leidtragenden einer falschen Wirtschaftspolitik. Diese können nur dann wieder als vollwertige Glieder in den Wirtschaftsprozess eintreten, wenn 14 Millionen Bauern ihr Lebensrecht, das man ihnen nehmen zu dürfen glaubte, zurückbekommen und eine auskömmliche Rente ihrer mühseligen Arbeit dem Stadtbild im Austausch gegen dessen Produkte wieder zur Verfügung stellen werden.

So bleibt uns nur der oben bezeichnete Weg einer aufbauenden Agrarpolitik, der wieder zu Wohlstand führt und der Handels- und Hafenstadt Absatzmarkt und pulsierendes Leben zurückgibt. Es ist keine Sackgasse, sondern führt heraus aus dem liberalistischen Irrgarten. Der hanseatische Kaufmann wird sich dieser Einsicht nicht verschließen können, hierfür als Wirtschaftsbeteiligter ist noch das Band des Blutes, das ihn mit dem Volksgenossen hinter dem Pflug und im Treibhaus verbindet.

Defaka (Deutsches Familienkaufhaus) G. m. b. H.

Die umfangreichen Ankündigungen dieses Unternehmens in einer Reihe von den fleißigen Zeitungen geben uns Veranlassung, die Sache einmal etwas näher zu betrachten. Die Defaka findet Veranlassung, in ihren Anzeigen ausdrücklich darauf aufmerksam zu machen, daß das Tippothosenhaus trotz seiner Bemühungen nicht von dem Bremer Konsumverein und dem Beamtenschafts-Standard reinkaufswahlbar war. Aus diesem Grunde wird angeblich das Tippothosenhaus geschlossen und von der Defaka weitergeführt. Das frühere Tippothosenhaus hatte schon einmal wegen seiner äußeren Beschränkung den Unwillen derart erregt, daß sich sogar die Behörden mit der Frage des unläuteren Weltbewerbs beschäftigten. Damals verhielt es sich folgendermaßen. Zunächst stand einwandfrei fest, daß das Tippothosenhaus tatsächlich mit dem Bremer Konsum- und Wirtschaftsverein in Verbindung stand und außerdem ebenfalls mit dem Beamtenschaft. Jeder Bremer Bürger wird sich sogar noch genau entsinnen, daß das Tippothosenhaus nicht nur bei seinen Anzeigen, sogar auf seinen Briefbogen und ganz offensichtlich an der Außenseite des Hauses als Transparent das Firmenzeichen des V. K. B. B. u. u. führte. Wie kam es denn, daß seiner Zeit die Schuldner des V. K. B. B. auf einmal in die Halle des Tippothosenhauses zahlen mußten?

Was veranlaßte denn die Tippothosenhaus-Gesellschaft, m. b. H., mit ihrem winzigen Stammkapital von 20 000 RM. im Frühjahr 1930 folgende Direktoren zu ernennen: Rud. Behrens, Gust. Enkel, W. Löhns und Heine. Wohlfeil?

Wohlfeil lesen die Bremer Bürger darüber noch einmal etwas in dem demnächstigen Strafprozeß S. 101, um sich ein Bild über die bestehenden Verbindungen machen zu können.

Wohlfeil bringen es besonders interessierte Kreise der Defaka noch rechtzeitig bei, daß ihre Anzeigen nicht nur einen unläuteren Weltbewerb bedeuten.

Das Tippothosenhaus schließt nicht seine Türen, sondern

der Gesellschaftsvertrag, somit das Unternehmen, die Beteiligten, das winzige Stammkapital usw., bleibt unverändert, lediglich die Firmenbezeichnung wurde geändert. Wohlfeil ist aber niemals ein zur Verantwortung zu ziehender Gesellschaftsmitglied im Sinne eines ehrbaren Kaufmannsbegriffes, sondern % des lächerlich winzigen Stammkapitals hat die

Emil Köster, Deutsche Beamtenschafts-Einkaufs-G., Hamburg

in Händen. Wenn diese Gesellschaft ihre Firmen-

bezeichnung noch siebenmalbesigmal wechselt, sie wird trotzdem immer dieselbe bleiben.

Die „mitteleuropäische“ Bremer deutsche-nationale Parteipresse weist mit einer Lokalnotiz darauf hin, daß das Tippothosenhaus seine Pforten für immer geschlossen hat, und das vor vier Jahren ins Leben gerufene Unternehmen aus dem Geschäftsleben Bremens verschwunden. Das ist nicht wahr. Das Unternehmen verschwindet nicht, sondern bleibt leider der Bremer Geschäfts-welt unverändert erhalten, lediglich unter anderer Firmierung.

Auch die „Volkszeitung“ schreibt von einer neuen Gesellschaft, ist aber darüber hinaus kompetent zu schreiben:

„Die neue Gesellschaft, abgeleitet DEFAGA genannt, wird insbesondere vom Deutschen Beamtenschaftswirtschaftsamt im Interesse der Bremer Beamtenschaft aufs wärmste begrüßt.“

Wohlfeil wird hiermit nicht nur der Bremer Geschäfts-welt, sondern auch allen Bürgern und Beamten genug gesagt.

Wenn aber auch dieses dem Steuerzahler, einzelner als Geschäftsmann, Bürger oder Prolet, noch nicht genug sagt, so beziehen wir uns einmal auf die verschiedensten Zeitungsberichte, wie

Um der Defaka-Standort
Jub Michael, der Inhaber der Defaka, unter Hinterlassung von 80 Mill. Mark Steuerzuschüssen gelüftet.

Wenn man keine mehr davon weiß, so wird wohlfeil Gustav Enkel noch wissen, welche Beziehungen 1923, 1926, 1927 usw., wenigstens aus der Zeitungsbeilage des Beamtenschaftswirtschaftsvereins heraus, mit dem Jub Michael bestanden haben. Dann haben wir alles auf einmal: Tippothosenhaus, jetzt Defaka, Emil Köster, Deutsche Beamtenschafts-Einkaufs-G., Haupt- und Großaktionär Jub Michael.

Da kauft heute der deutsche Beamte, sogar der Proletarier. Wohlfeil denkt der deutsche Beamte mal daran, wenn er mit einer neuen Gehalts-fürzung 80 000 000 Mark Steuerzuschuß, die Michael ins Ausland verschoben hat, aufbringen muß. Auch der Bürger muß sich wegen Steuer-rückständen ausspannen lassen, damit Jub Michael 80 000 000 RM. um die Ecke bringen kann. Wenn dies aber absolut nicht reichen sollte, dann hilft der Prolet mit seinen Steuern und darüber hinaus geht er fleißig bei der Defaka kaufen, damit doch wenigstens das Unternehmen rentabel bleibt und der nächste Jub mit 80 000 000 RM. verschwinden kann.

Positive Wirtschaftspolitik

Angesichts des gegenwärtigen Zustandes der deutschen Wirtschaftslage kann niemand verantwortunglos genug sein die Forderung abzulehnen, daß etwas geschehen muß. Die schmonahe Vergrößerung eines radikalen Kurswechsels in der Wirtschaftspolitik, die halben Experimente des Papenbabinetts haben den Zerfallssprozess nicht aufgehalten, wertvolle Zeit ungenutzt verstreichen lassen. Die Finanzeng des Reiches, der Länder und Gemeinden stehen seit langem im hoffnungslosen Verfall. Es gibt unter den bisher beliebten Methoden und Programmen keine Möglichkeit die völlige Pleite aufzuhalten. Alles, was hier und da in Erscheinung tritt, angefangen vom freiwilligen Arbeitsdienst bis zur platonischen Aufhebung mit Steuerzuschüssen ist leber-lafes Stilleben. Man muß dem Uebel an die Wurzel gehen und dort anfangen gründlichst auszuräumen, wo das Grundübel liegt. Die Firma Deutschland hat seit vierzig Jahren im Zustande der Zwangsverwaltung. Gelegentlich, im gewöhnlichen Leben kratzbare Experimente schufen nur

neues Uebel. Das Gesamtbild änderte sich weder durch „Inflationsschlag“, noch durch gepumpte Scheinkonjunktur der Dawesüberstreich. Jahr für Jahr wurden neue Lasten gehäuft, die immer wieder nur auf die Schultern des schaffenden Volkes gelegt, den Ertrag der deutschen Arbeit verzehrten. Heute sind wir soweit, daß die Verwaltungsinstanzen der Firma Deutschland ein Vielfaches der im Vorkriegsdeutschland aufgetragenen Summen ausmachen. Hierzu tritt die aus der Arbeitslosigkeit erwachsende Wohlfahrtslast. Die Verwalter Deutschlands haben sich die Geschäftsführung leicht gemacht. Man reichte einfach die Ausgaben auseinander und bestimmte danach die Höhe der aufzubringenden Steuern ohne Rücksicht darauf, wer sie aufbringen soll. So sehen wir das verheerende Abbild einer unaufhörlich steigenden Zahl derer, die durch unproduktive Beschäftigung den produktiv Schaffenden das Brot wegnehmen. 90 Prozent des deutschen Volkes sind die Opfer dieser Mißwirtschaft. Will man diesen wachsenden Zustand aus der Welt schaffen, so

bleibt nichts anderes übrig, als die Geschäftsführung auf einen Reimer zu bringen, der für jeden ordentlichen Betrieb selbstverständlich ist. Es gilt zunächst die Lasten herabschleppen, planmäßig die unrentablen Betriebe entschulden. Landwirtschaft und Industrie müssen in die Lage versetzt werden, lohnende Arbeit zu leisten. Nicht durch mährchenhafte Versprechen auf die Zukunft und Steuererleichterungen, sondern sofortige Maßnahmen. Hand in Hand mit der generellen Vereinigung der Heberlastung der noch erhaltenen Betriebe muß ein Sofortprogramm zur Arbeitsbeschaffung gehen, das die Gefahr der Arbeitsnot bannet. Zur Durchführung dieser Sofortmaßnahmen bleibt uns kein anderer Weg, als der einer produktiven Kreditbeschaffung, die in dem Augenblick die einzige Möglichkeit bietet und vollkommen ungefährlich ist, da die Voraussetzung zur Beschaffung der bestehenden Wirtschaftsbetriebe geschaffen ist. Nur so kann es gelingen in jahrelanger Gär und offener Arbeit Ansbauarbeit das Verspielte und Vertane wieder zu erarbeiten.

Handwerkerkarte — Innungskrankenkassen

Handwerksabteilung der Gewerbetammer
Am 24. ds. Mts. hielt die Handwerks-Abteilung der Gewerbetammer, unter dem Vorsitz des Herrn Senator Stüchmann eine Vollversammlung ab. Auf der Tagesordnung standen u. a. Kreditmaßnahmen zu Gunsten des Gewerbestandes. Hierzu konnte über Vereinbarungen berichtet werden, nach denen die Möglichkeit besteht, bei Vorliegen gewisser Voraussetzungen den Handwerkern und Gewerbetreibenden die Übernahme und Durchführung von Aufträgen durch entsprechende Kreditgewährung zu erleichtern. In diesem Zusammenhang ist auch die Kreditation der Bank für deutsche Industrieobligationen für die Beschaffung langfristiger Kredite behandelt worden. — Hauptgegenstand der Verhandlungen war ein Kommissionsentwurf des Reichsverbandes des deutschen Handwerks über die Aufhebung der Gewerbe-freiheit für das Handwerk. Mit dieser Frage hat sich im Anschluß an eine in Danzig getroffene Regelung auch die Bremische Bürgerkarte auf Grund eines Antrages eines ihrer handwerklichen Mitglieder bereits befaßt, und den Senat um entsprechende Einwirkung bei der Reichsregierung

Was zeigt der Potsdamer Film?

Der Potsdamer Film zeigt den Aufbruch der nationalsozialistischen Volkjugendbewegung

erlaubt. Aber diese für das Handwerk grundlegende Frage wurde eingehend berührt. Danach soll im Gegensatz zu dem bisherigen Grundgedanken der Gewerbeordnung die selbständige Ausübung eines jeglichen handwerklichen Berufes von dem Nachweis der Befähigung abhängig gemacht werden. Dieser Nachweis ist im Regelfalle durch die Ablegung der Meisterprüfung für das betreffende Fach zu erbringen. Diejenigen, die die Befähigung zur Führung des Meisterfaches oder die Befähigung zur Anfertigung von Befähigung haben und das Gewerbe selbständig ausüben, werden in die bei der Handwerks- bzw. Gewerbetammer zu führenden Handwerkerrolle eingetragen und erhalten darüber die sog. Handwerkerkarte. Nur diejenigen dürfen das Handwerk selbstständig ausüben, die in die Handwerkerrolle eingetragen sind.

Besondere Bestimmungen sind vorgesehen für die Unternehmungen des Handels, der Industrie und der Landwirtschaft angelegten Hilfs- und Nebenbetriebe, ferner für die Ausübung des Handwerks in der Form einer juristischen Person, bei der mindestens für einen gesetzlichen Vertreter die Befähigung zur Führung des Meisterfaches bzw. die Befähigung zur Anfertigung von Befähigung verlangt wird. Übergangsbestimmungen sind für die bereits bestehenden Betriebe vorgesehen. Weitere Bestimmungen gehen dahin, daß Inhaber von Handelsgeschäften Reparaturen an den von ihnen selbstgebotenen Waren nur vornehmen dürfen, wenn diese Reparaturaufträge in eigener Werkstatt ausgeführt werden, sowie daß nach dem Tode eines selbständigen Handwerkers der Witwe oder den minderjährigen Erben bis zum Ablauf eines Jahres gestattet ist, ohne einen berechtigten Handwerker den Betrieb fortzuführen, für die Dauer von 5 Jahren, wenn der Stellvertreter die Befähigung im Sinne der Verordnung besitzt. Der Entwurf geht über den ursprünglichen Zweck, ein Mittel zur Bekämpfung der für das Handwerk sehr einschneidenden Schwarzarbeit zu schaffen, weit hinaus, er begrenzt, durch den Befähigungsnachweis das Plüschertum zu bekämpfen und damit allgemein eine Hebung des handwerklichen Berufsstandes zu erreichen.

An die Darlegungen über den Gesetzentwurf schloß sich eine eingehende Aussprache. Die Beschlußfassung über die Stellungnahme der Kammer zu dem Entwurf erfolgt in der nächsten Vollversammlung der Kammer. Von dem weiter behandelten Punkten ist noch die Frage der Innungsanerkennung hervorgehoben. Darüber wird von einem größeren Kreis von Innungsvertretern der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Innungsanerkennungsausschusses ein Referat halten.

